



Industrieforum

Herausforderungen für die Exportwirtschaft

Industriepolitik

Österreichs Exportwirtschaft – Erfolgsfaktor Europa

Industriekonjunktur aktuell

Industrieproduktion 2024 um weitere 6,2 Prozent gesunken

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 66 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzwerdungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: +43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien
KommR. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekt. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-
sitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-
STRAUß, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende
des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,
Kassier des IWI
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáček



Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Sigi Menz
Industrie: Zukunft und Gegenwart

4

forum

Herausforderungen für die Exportwirtschaft

6

Export: Neuorientierung und Chancen

10

Interview:

„Wenn ein Teil des Exportgeschäfts ins Wanken gerät, wackelt die gesamte österreichische Wirtschaft.“

Franz Schellhorn, Direktor der Denkfabrik
Agenda Austria

14

politik

Die Abfallwirtschaft Österreichs als
Entlastungsventil für den
Wirtschaftsstandort

18

FUSION-Technologie

20

Nachrufe

23

Neue Serie: Österreichs Exportwirtschaft –
Erfolgsfaktor Europa

24

konjunktur

Kommentar zur internationalen

Konjunkturentwicklung

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

Industrieproduktion 2024 um weitere

6,2 Prozent gesunken.

Mag. Andreas Mörk 32

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht 34

Gesamtindustrie 35

Bergwerke und Stahl 35

Stein- und keramische Industrie 36

Glasindustrie 36

Chemische Industrie 37

Papierindustrie 37

PROPAK – Industrielle Hersteller von

Produkten aus Papier und Karton 38

Bauindustrie 38

Holzindustrie 39

Lebensmittelindustrie 39

Textil-, Bekleidungs-,

Schuh & Lederindustrie 40

NE-Metallindustrie 40

Metalltechnische Industrie 41

Fahrzeugindustrie 41

Elektro- und Elektronikindustrie 42

Offenlegung, Impressum 42

inhalt

Industrie: Zukunft und Gegenwart

Die Industriekonjunktur ist schwach, der Industriestandort Österreich hat an Glanz verloren. Sowohl aus kurzfristigen, konjunkturellen Gründen, als auch aus langfristiger Perspektive ist der Einsatz für eine große und leistungsfähige Industrie in Österreich von vordringlicher Bedeutung.

Autor: Mag. Sigi Menz

Gerade angesichts der gegenwärtigen Probleme ist es wichtig immer wieder in Erinnerung zu rufen, dass die Industrie – einschließlich mit ihr verbundener Unternehmen aus anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere industrienaher Dienstleistungen („servoindustrieller Sektor“) – in Österreich für nahezu die Hälfte der gesamten Wertschöpfung sorgt. Dieser hohe Anteil ist Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen, die Industrieproduktion am Standort Österreich zu erhalten.

In den Krisen der letzten Jahre hat sich der hohe Anteil industrieller Wertschöpfung als gesamtwirtschaftlich vorteilhaft gezeigt. Gegenwärtig steht die Industrie in Österreich wieder vor großen Herausforderungen. Wiederum besteht die Versuchung, einer Abwanderung der Industrie zuzusehen. Auch diesmal wäre dieser bequeme Weg grundfalsch: Aus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und poli-

tischen Gründen ist es auch heute sinnvoll und notwendig, mit ganzer Kraft für die Erhaltung Österreichs als Standort einer großen und leistungsfähigen Industrie einzutreten. Aufgrund der offenen Grenzen und der globalen Präsenz österreichischer Industrieunternehmen – rund zwei Drittel der österreichischen Industrieproduktion geht in den Export –, ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, die technologische und kostenmäßige Konkurrenzfähigkeit der Industrie zu bewahren.

Zukunft: Forschungsmittel und Fachkräfte

Für die Industrie stellt die technologische Konkurrenzfähigkeit eine laufende Herausforderung dar: In einem hochentwickelten Industrieland wie Österreich müssen gefertigte Waren hinsichtlich ihrer Produkteigenschaften und auch der Produktionsverfahren immer weltweit führend sein. Die Industrie ist daher eine treibende Kraft im Bereich von Forschung und Entwicklung in Österreich. Erfreulich ist, dass die neue österreichische Bundesregierung für diesen wichtigen Bereich zusätzliche Mittel in die Hand nehmen wird und so die Forschungsquote auf über vier Prozent des BIP bis zum Jahr 2030 steigern möchte. Dazu finden sich im Regierungsprogramm auch wichtige Zusagen, etwa hinsichtlich der Sicherung der Forschungsprämie. Ein wesentlicher Punkt ist, dass das Regierungsprogramm sich grundsätzlich zur Technologieneutralität bei der Regulatorik bekennt.

Geld allein forscht aber nicht: Für die Industrie war in den letzten Jahren oft nicht die Finanzierung das größte Hindernis im Forschungsbereich, sondern der Mangel an technischen Fachkräften auf allen Qualifikationsebenen. Zu hoffen ist, dass die hierzu im



Mag. Sigi Menz,
Obmann der
Sparte Industrie und
Aufsichtsrat der
Ottakringer
Getränke AG

Regierungsprogramm angesagten Verbesserungen in der Fülle der Vorhaben der neuen Bundesregierung einen entsprechend hohen Stellenwert haben.

Gegenwart: Drückende Kostenlast

Die gegenwärtigen Probleme der österreichischen Industrie lassen sich leicht in einem einzigen Satz zusammenfassen: Der kräftige Anstieg der Lohnkosten und die Erhöhung der Energiekosten haben innerhalb kurzer Zeit die Position vieler Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb erheblich verschlechtert. Auch die Leiter der Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS haben bei der Präsentation der jüngsten, erschreckend deutlich nach unten revidierten Konjunkturprognose betont, dass die völlig aus dem Gleichgewicht geratene Entwicklung der Lohnkosten – die der hohen Inflationsrate gefolgt ist, während gleichzeitig die Wirtschaftsleistung gesunken ist – eine zentrale Ursache für die gegenwärtige Wirtschaftskrise darstellt.

Sowohl WIFO-Chef Gabriel Felbermayr als auch IHS-Chef Holger Bonin plädieren dafür, bei den Lohnkosten gegenzusteuern: Bei den anstehenden Lohnverhandlungen solle stärker auf die Entwicklung der Produktivität geachtet werden, denn wenn die Lohnentwicklung auch im Jahr 2026 mit der Inflationsrate wachse, werde Österreich weiterhin nicht wettbewerbsfähig sein. Der Staat könnte durch Abschlüsse unter der Inflationsrate im öffentlichen Dienst und bei den Pensionsanpassungen ein wichtiges Signal senden. Die Industrie teilt diese Einschätzung, hält dies aber angesichts der Geschwindigkeit und des Ausmaßes der Verschlechterung der Kostensituation für nicht ausreichend. Aus Sicht der Industrie muss zusätzlich eine rasche und spürbare Senkung der Lohnnebenkosten erfolgen, entsprechende Pläne liegen vor und müssten, um größten Schaden von der Industrie abzuwenden, sofort umgesetzt werden. Gleichfalls dringend geboten sind Maßnahmen zur Dämpfung der Energiekosten, insbesondere die Umsetzung der Strompreiskompensation; hinsichtlich der Energiekosten sieht die neue Bundesregierung zwar zahlreiche

sinnvolle, strukturelle Maßnahmen vor, konkrete Termine fehlen aber.

Während die Bundesregierung untätig ist, gehen für die Industrie Marktchancen verloren und langjährige Geschäftspartner wechseln ihre Lieferanten. Dies ist für die einzelnen Unternehmen eine dramatische Situation, aber auch für die österreichische Volkswirtschaft: Hier kumulieren Verluste an Wertschöpfung, Beschäftigung und Steueraufkommen und führen zu einer Abwärtsspirale, deren gesamtwirtschaftliche Kosten weit höher sind als die budgetären Mehrkosten einer zeitnahen Lohnnebenkostensenkung und einer raschen Umsetzung der Strompreiskompensation.

Den unerfreulichen Kreislauf durchbrechen

Jede Regierung setzt sich in ihrem Programm das Ziel einer Verschlinkung der staatlichen Verwaltung, einer Reduktion überbordender Staatsausgaben und einer Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Am Ende ist aber meist der Vorschriftendschungel noch dichter geworden und die Abgabenlast gestiegen, und der Staat kommt mit seinen Mitteln weiterhin nicht aus. Auch diesmal ist die Deregulierung und Entbürokratisierung im Regierungsprogramm breit vertreten. Es ist zu hoffen, dass das Diktat der leeren Staatskassen den Umsetzungseifer stärkt.

Die schwierige wirtschaftliche Situation der Industrie und das begrenzte Vertrauen in die politische Problemlösungskompetenz haben zu einer ausgeprägten Investitionszurückhaltung geführt. Die standortpolitisch positiven Signale seitens der neuen Regierung sollten rasch von finanziellen Investitionsanreizen begleitet werden. Die Industrie setzt sich insbesondere für eine deutliche Anhebung des Investitionsfreibetrags (IFB) ein, als besonders wirksam haben sich in der Vergangenheit Investitionsprämien gezeigt. Wenn es gelingt die Industrie wieder in eine positive Dynamik zu versetzen, wird eine Lösung vieler anderer Probleme – insbesondere auch die Budgetproblematik – leichter möglich. ■



Herausforderungen für die Exportwirtschaft

Österreichs Außenhandel muss neu gedacht werden. Die Konkurrenz aus China wird stärker und die Ankündigung von Zöllen durch die USA macht den Unternehmen schwer zu schaffen. Wo aber liegen die Chancen?

Europas Wirtschaft sieht sich in der Zwickmühle. Erstarkt auf der einen Seite China, so droht auf der anderen Seite die USA mit Zöllen. China setzt auf eine umfassende Industriepolitik, um chinesischen Unternehmen in Europas Kernindustrien, wie beispielsweise der Autoindustrie, dem Maschinenbau oder der Chemie zu globaler Dominanz zu verhelfen und damit Europa in seinen Stärkefeldern den Rang abzulaufen. Die Exportabhängigkeit der europäischen Staaten könnte in der aktuellen Situation zum Fluch werden, denn hohe Exporte schaffen zwar Einkommen und Arbeitsplätze, doch aktuell zeigen sich die Schwachstellen der gegenseitigen Abhängigkeiten. Die Suche nach neuen Märkten für die europäischen Waren gestaltet sich schwierig, wie sich auch in Österreich deutlich zeigt. Hohe Produktions- und Lohnkosten sowie bürokratische Hürden machen die Waren teuer, das schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit zunehmend.

Wichtigste Handelspartner

Konnten sich die europäischen und damit auch die österreichischen Unternehmen jahrzehntelang auf gute Geschäfte in den USA und China verlassen, so geben jetzt Donald Trump und Xi Jinping den

Ton in den beiden größten Exportmärkten der EU an – und beide agieren nicht zimperlich, wenn es um die Wahrung der eigenen Vorteile geht. Die Vereinigten Staaten sind der wichtigste EU-Handelspartner. 2024 wurden zwischen den USA und der Europäischen Union Waren im Wert von 865 Milliarden Euro gehandelt (Importe plus Exporte). Das entsprach 17 Prozent des gesamten EU-Außenhandelsumsatzes. Der Anteil Chinas lag mit 731,2 Milliarden Euro bei 15 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2014 stieg der Anteil der USA am EU-Außenhandelsumsatz um vier Prozent auf 17 Prozent, der Anteil Chinas um drei Prozent auf 15 Prozent. Doch das scheint jetzt Geschichte zu sein.

Problem Trump

US-Präsident Donald Trump ist der Ansicht, dass sich andere Nationen auf Kosten der USA bereichert und diese schamlos ausgenutzt hätten, dem will er nun mit reziproken Zöllen entgegenreten. Die Berechnungen haben ihre Basis im Handelsdefizit der USA gegenüber anderen Ländern. In die reziproken Zöllen wurden sowohl die Zölle anderer Nationen als auch deren nicht-monetäre Handelsbarrieren einberechnet. Für China hat die Trump-Administration die Zölle in Schritten auf

125 Prozent festgelegt. Der für die EU errechnete reziproke Zollsatz von 20 Prozent wurde schließlich für 90 Tage ausgesetzt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begrüßt das teilweise Einlenken von US-Präsident Donald Trump im Zollkonflikt. „Es ist ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der Wirtschaft“, so von der Leyen. Die Europäische Union setzt sich weiterhin für konstruktive Verhandlungen mit den USA ein, mit dem Ziel, einen reibungslosen und für beide Seiten vorteilhaften Handel zu erreichen. Gleichzeitig hat man in Brüssel aber eine Liste von US-Produkten erstellt, die in den kommenden Wochen nach und nach mit Zöllen belegt werden sollen. So sollen die Interessen der EU und der Unternehmen geschützt werden.

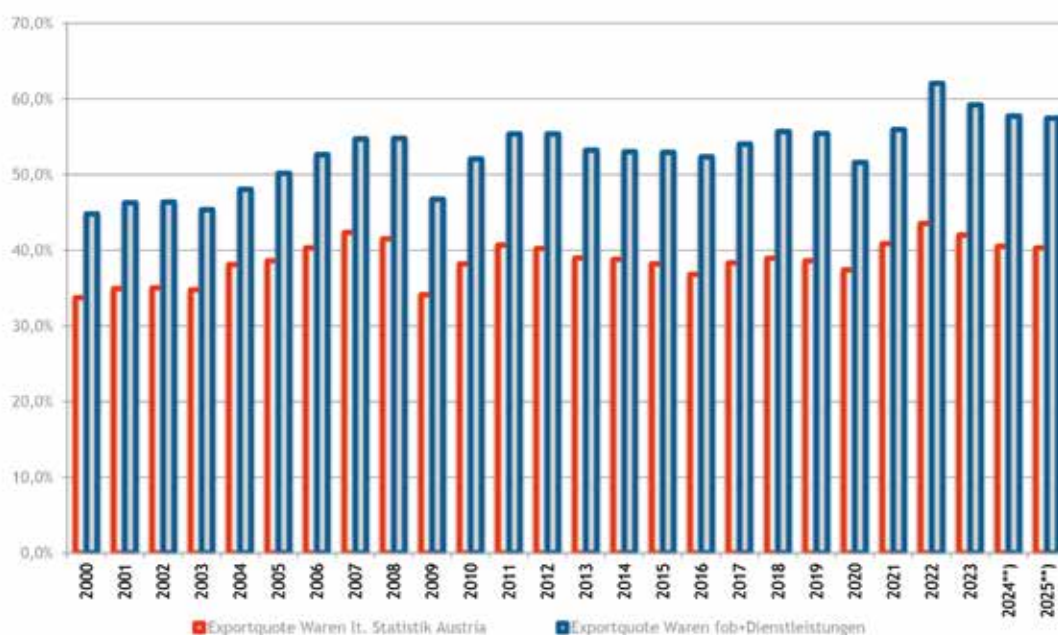
Und hier lauert eine Gefahr für Österreichs Wirtschaft. Die Handelsbeziehungen Österreichs mit den USA sind eng. Die USA sind nach Deutschland unser zweitwichtigster Absatzmarkt. 7,4 Prozent der Exporte (14,7 Mrd. Euro) gehen dorthin. Besonders gefragt sind Maschinen und

mechanische Apparate, pharmazeutische Erzeugnisse und Fahrzeuge. Laut Wifo-Ökonom Harald Oberhofer hat Österreich dadurch ein BIP-Minus von etwa 0,35 Prozent zu erwarten – die Exporte könnten um 1,4 Prozent zurückgehen.

Zeit für Neuorientierung?

Wie wichtig eine florierende Exportwirtschaft für Österreich ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: So entsprechen die Exporte mehr als 50 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung. Somit sorgen die international tätigen österreichischen Unternehmen für die Sicherung unseres Wohlstands, Wachstum und stabile Arbeitsplätze. Österreich ist bei den Pro-Kopf-Exporten die Nummer sechs in der EU. Laut aktuellen Zahlen sanken 2024 die Ausfuhren um 4,9 Prozent auf 191,00 Mrd. Euro. In die gesamte EU wurden aus Österreich Waren im Wert von 11,08 Mrd. Euro exportiert, das waren um 18,1 Prozent weniger als im November des Vorjahres. „Die Exportwirtschaft ist die Lebensader unserer Wirtschaft. Der deutliche

Österreichs Exportquoten 2000-2025



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, WIFO; 15678_Exportquoten_2000-2025.xlsx; **) WIFO-Prognose



Für österreichische Exportunternehmen rücken die Märkte in Südasien in den Fokus.

Rückgang der Wareneinfuhren im vergangenen Jahr muss als klarer Auftrag verstanden werden, die Wettbewerbsfähigkeit und den Wirtschaftsstandort Österreich rasch und nachhaltig zu stärken“, betont Mariana Kühnel, stv. Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), anlässlich der Bekanntgabe der Außenhandelsdaten für 2023. Es wird also Zeit für neue Strategien und die Eroberung von neuen Märkten. „Trotz aller Herausforderungen wird es immer wichtiger, den Fokus auf Wachstumsmärkte

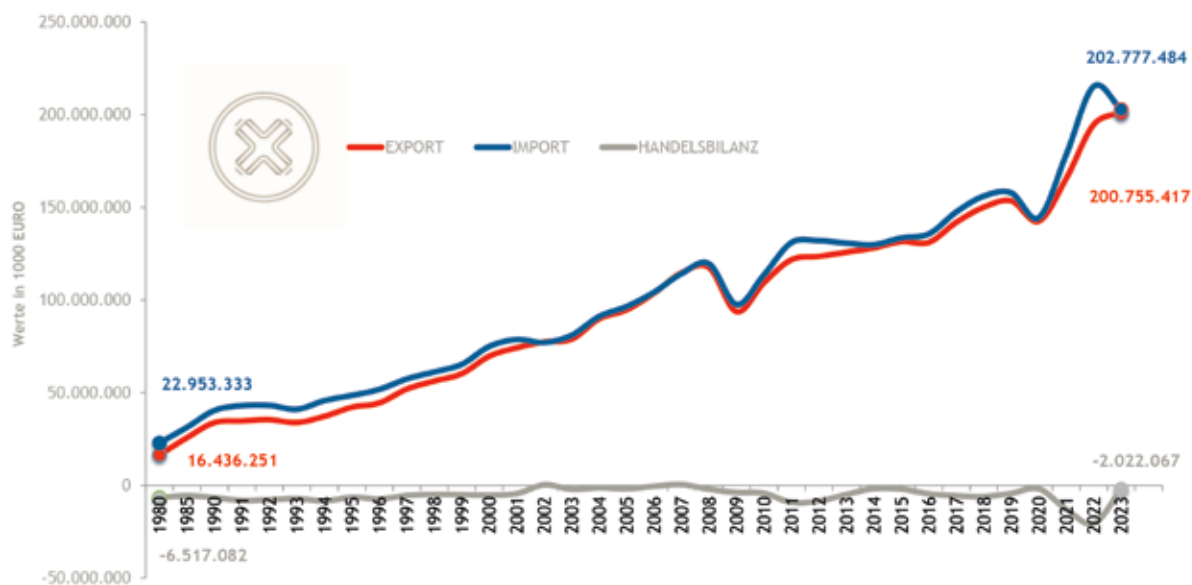
in Übersee zu richten. Die Diversifizierung der Absatz- und Beschaffungsmärkte gewinnt gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten an Bedeutung“, so Kühnel weiter.

Potenzial für Österreichs Exportstärkefelder ortet die Internationalisierungs- und Innovationsagentur, AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA, in Indien oder Südostasien. Durch die EXPO, die am 13. April in Osaka startet, ist auch Japan interessant. Zusätzliche Wachstumschancen liegen zudem in der Golfregion, Südamerika (Brasilien) und afrikanischen Märkten, wie etwa Marokko. Hier konnten Österreichs Exporteure auch 2023 deutlich zulegen.

In der EU will man sich nun auf die Diversifizierung seiner Handelspartnerschaften konzentrieren, daneben werde verstärkt an der Beseitigung von Schranken im Binnenmarkt gearbeitet. „Diese Krise hat eines deutlich gemacht: In Zeiten der Ungewissheit ist der Binnenmarkt unser Anker für Stabilität und Widerstandsfähigkeit“, bekräftigt die EU-Kommissionspräsidentin.

Autorin: Herta Scheidinger

Österreichs Außenhandel von Waren 1980-2023



Quelle: STATISTIK AUSTRIA; 15678_Ö-AH_1980-2023.xls

Foto: beigestellt

Europa muss als Forschungsstandort deutlich an Anziehungskraft gewinnen

Mag. Alexander Herzog, Geschäftsführer der PHARMIG, über Schritte, die jetzt zu setzen sind, um entstehende Chancen wahrnehmen zu können.

Europa hat viele Stärken, auf die es aufbauen kann – insbesondere durch seine Expertise in Bereichen wie Biotechnologie, Orphan Drugs und der klinischen Forschung. Darüber hinaus agieren europäische Unternehmen im Vergleich zu den USA aktuell in einem stabileren regulatorischen Umfeld. Diese hohe Dynamik in den USA könnte jedoch globale Forschungsk Kooperationen beeinträchtigen, was den internationalen Austausch von Wissen und Technologien erschwert. Entscheidend wird sein, dass Europa seine Innovationskraft durch gezielte Investitionen, schnellere Zulassungsverfahren und den Abbau bürokratischer Hürden weiter stärkt – unabhängig davon, wie sich die Rahmenbedingungen in den USA entwickeln.

Europa hat durchaus das Potenzial, für internationale Talente attraktiver zu werden – nicht nur aus den USA. Dafür sind aber gezielte Maßnahmen notwendig: wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, attraktive Förderprogramme und vor allem die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. Wichtig ist auch die gezielte Rückgewinnung europäischer Forscher:innen, die derzeit in den USA tätig sind. Wenn es Europa gelingt, ein Umfeld zu schaffen, das Exzellenz in der Forschung belohnt und administrative Hürden minimiert, könnte der Kontinent als Forschungsstandort deutlich an Anziehungskraft gewinnen.

Österreichs Stärken liegen in der Spezialisierung auf hochwertige pharmazeutische Produkte und Nischeninnovationen. Die Kombination aus technologischer Exzellenz, strengen Qualitätsstandards und der Fähigkeit, flexibel auf Marktentwicklungen zu reagieren, bietet uns Chancen auf den internationalen Märkten. Zudem könnten Partnerschaften in aufstrebenden Märkten sowie der Ausbau strategischer Kooperationen innerhalb Europas die Exportdynamik weiter stärken. Ein wichtiges Plus für den österreichischen Standort in Bezug auf klinische Forschung sehen die Forschungs- und

Entwicklungsabteilungen vieler Mitgliedsfirmen in gut ausgebildeten, motivierten und verantwortungsvollen Prüfarzten, die mit hoher Qualität im Rahmen von Good Clinical Practice arbeiten. Das dichte Netz von sehr guten Universitäten und Fakultäten und eine Vielzahl außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zählen zu den Vorteilen des Forschungsstandorts Österreich. Die vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, dass der Standort Österreich für pharmazeutische Industrie gesponserte klinische Prüfungen im internationalen Bereich an Attraktivität verloren hat. Denn nationale Genehmigungsverfahren waren früher schneller und mit weniger bürokratischen Aufwand verbunden als in anderen Ländern. Um dem entgegenzuwirken, braucht es ein entsprechendes sektorenübergreifendes Bekenntnis zur Forschung, konkret etwa eine österreichweite Forschungsstrategie und -förderung. Auf politischer Ebene muss viel stärker wahrgenommen werden, was klinische Forschung bewirkt und welche negativen Auswirkungen ihr Rückgang mit sich bringt. Um die Situation in Zukunft zu verbessern, plädieren wir dringend für einen Abbau an Bürokratie, für rasche und konsistente Genehmigungsverfahren genauso wie eine Stärkung und Ausbau der Studieninfrastruktur. Gelingt es, diese Herausforderungen zu meistern, könnte Österreich seine Attraktivität als Forschungsstandort wieder steigern und seine Rolle im europäischen Wettbewerb stärken.

Gesamthaft muss es jedoch eine integrierte Pharma- und Life-Science-Strategie geben, die von der Politik nicht nur angekündigt, sondern tatsächlich auch umgesetzt wird. Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit müssen im Sinne der Patient:innen, aber eben auch der Wirtschaft im Allgemeinen in den Fokus genommen werden.





Blum ist ein Global Player und beliefert mit seinen Produkten 120 Märkte. 44 Prozent des Umsatzes werden in Europa lukriert, 15 Prozent in den USA. Alleine in Vorarlberg gibt es acht Produktionsstätten.

Export: Neuorientierung und Chancen

Die heimischen Unternehmen sind stark exportabhängig. In der derzeit schwierigen Situation suchen sie nach neuen Märkten und geben der Politik einen klaren Auftrag, um nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Die Julius Blum GmbH ist einer der weltweit führenden Hersteller von Beschlägen für hochwertige Küchen und Möbel. Für das Vorarlberger Unternehmen ist der Export unerlässlich. „Unser Umsatzanteil liegt innerhalb von Österreich gerade einmal bei drei Prozent, bei

mern uns um jene Themen, die wir selbst und mit unseren Mitarbeitenden beeinflussen können. Aber wir brauchen auch stabile politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine starke EU, die nicht ständig die Bürokratielast erhöht, sondern wieder verstärkt im Geiste ihrer Gründungsidee handelt und diese weiterentwickelt: ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit einer starken geopolitischen Positionierung. Es liegt nun mehr denn je an der Politik, die Hausaufgaben zu machen.“

„Wir brauchen eine starke EU, die nicht ständig die Bürokratielast erhöht und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit einer starken geopolitischen Positionierung.“

Phillipp Blum, CEO Blum GmbH

Für sein Unternehmen sieht Blum noch in allen Marktregionen und Märkten Wachstumspotenziale. „In Europa ist die Lage zurzeit angespannt, in den USA haben wir über viele Jahre eine gute Ausgangslage geschaffen aber genauso noch viele Möglichkeiten und Chancen, wie in schnell wachsenden Märkten – beispielsweise jenen Osteuropas oder Asiens.“ Ein spezielles Augenmerk liegt aktuell auf China und Indien.

anderen Vorarlberger Unternehmen ist das ähnlich. Wir erwirtschaften rund 45 Prozent unseres Umsatzes in der EU, und mehr als die Hälfte in restliche rund 100 Märkten dieser Welt, die wir beliefern“, erklärt CEO Philipp Blum. Für sein Unternehmen gilt es daher, international wettbewerbsfähig zu bleiben. „Wir tragen unseren Teil dazu bei und küm-

Der Rückfall Österreichs in den Wettbewerbsrankings ist für Blum in den vielfältigen Herausforderungen am Standort begründet. „Dennoch ist es uns das



Mit seinen international gefragten Spritzgieß-Lösungen erreicht ENGEL eine Exportquote von 95 Prozent. Für das Unternehmen sind die USA der größte Markt außerhalb Europas. Das Unternehmen investiert jährlich rund 70 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung.

größte Anliegen, die Arbeitsplätze hier zu halten. Im nun dritten Rezessionsjahr infolge muss sich dringend einiges ändern, damit österreichische Betriebe ihrer Heimat nicht den Rücken kehren und die Produktion zunehmend ins attraktivere Ausland und näher zu den Kunden verlagern. Wir fordern von der Politik, dass sie Rahmenbedingungen schafft, die die Wettbewerbsfähigkeit fördern. Erste Schritte wurden gesetzt, doch wir erwarten trotz der angespannten Budgetsituation noch mehr.“

Innovative, langlebige Produkte bezeichnet Blum als Lebensversicherung. Neue Produkte helfen dabei, sich entsprechend im Markt zu platzieren. Ein passendes Produkt- und Serviceportfolio ist umso wichtiger, je fordernder die Märkte sind. Die Kraft der Innovation sollte aber nicht nur die Unternehmen leiten, sondern dieser Gedanke muss auch in der Politik wieder Einzug halten.

Es besteht akuter Handlungsbedarf

ENGEL ist eines der weltweit führenden Unternehmen im Kunststoffmaschinenbau. Über 90 Prozent der erzeugten Maschinen gehen in internationale Märkte. Die USA sind nach wie vor der wichtigste Markt außerhalb Europas. „Darüber hinaus sehen wir in Mexiko und Indien aktuell besonders dynamische Entwicklungen. In beiden Ländern investieren wir gezielt in den Ausbau unserer Produktionskapazitäten, um unsere Kunden vor Ort noch unmittelbarer betreuen und marktspezifische Anforderungen direkt abdecken zu können“, gibt CEO Stefan Engleder Auskunft. „Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum durch globale Expansion, verstärkte Automatisierung und digitale Lösungen.“

Welche Reformen sind für Engleder unerlässlich, um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die wirtschaftliche Stabilität zu sichern? „Die zentralen Reformthemen sind seit langem bekannt: Eine nachhaltige Pensionsreform, eine strukturelle Neuausrichtung der Sozialversicherungssysteme sowie eine grundlegende Reform des Föderalismus. Darüber hinaus braucht es ein neues Verständnis

Darüber hinaus braucht es ein neues Verständnis

„Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum durch globale Expansion, verstärkte Automatisierung und digitale Lösungen.“

Stefan Engleder, CEO ENGEL

von Sozialpartnerschaft – in ihrer heutigen Form gelingt es ihr immer weniger, zukunftsorientierte Lösungen im Schulterschluss mit der Wirtschaft zu entwickeln.“ Um den Standort Österreich zukunftssicher zu machen, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, geringere Lohn(neben-)kosten, leistbare Energie und geringere Bürokratie. Gleichzeitig müssen Industrie- und Technologiepolitik wieder stärker in den Mittelpunkt rücken, zählt Engleder auf. „In den letzten drei Jahren hat sich die Situation im Vergleich zu Deutschland und dem restlichen Europa spürbar verschlechtert (Stichwort: Erhöhung der Lohnstückkosten) – hier besteht akuter Handlungsbedarf.“

Innovation ist für ENGEL ein zentraler Erfolgsfaktor. Werden doch jährlich rund 70 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung investiert, um nachhaltige und digitale Lösungen voranzutreiben.



Der Recyclingmaschinenbauer EREMA lukriert fast 99 Prozent seines Umsatzes in internationalen Märkten. Bei geeigneten Rahmenbedingungen sieht man weiterhin großes Potenzial für Wachstum in allen Märkten.

Damit Österreich als attraktiver Standort für Innovation erhalten bleibt, fordert er eine gezielte Forschungsförderung.

Weltweit Potenziale vorhanden

Als international agierendes Unternehmen ist der Export der Kunststoff-Recyclingmaschinen und -komponenten für die EREMA Group von entscheidender Bedeutung. Fast 99 Prozent des Umsatzes stammt aus globalen Märkten. Mit Niederlassungen in den USA, China und Afrika und einem weltweiten Vertreter-Netzwerk sind die Recyclinglösungen der EREMA Unternehmensgruppe in über 110 Ländern weltweit im Einsatz und recyceln jährlich etwa 25 Millionen Tonnen Kunststoff. Welche Märkte erachtet man bei EREMA als besonders vielversprechend? „Grundsätzlich gibt es weltweit Potenziale, denn

Ohne wettbewerbsfähige Standortbedingungen droht der Anschluss an den internationalen Markt verloren zu gehen, befürchtet Hackl. „Um den Standort langfristig attraktiv zu halten, ist es unerlässlich die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich Leistung für die Arbeitnehmer lohnt und gleichzeitig für Unternehmen wirtschaftlich tragbar bleibt. Kurzfristig sind gezielte Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie zur Verbesserung der Bedingungen für Industrieunternehmen erforderlich. Hierzu zählen beispielsweise flexiblere Genehmigungsverfahren, um Neuansiedlungen zu beschleunigen und damit Innovationen zu fördern. Wir erfahren von unseren Kunden, dass sie große Hürden überwinden müssen, um in Österreich ein Recyclingwerk zu errichten, während dies in anderen interkontinentalen Ländern wesentlich unkomplizierter ist“, fordert Hackl.

„Es ist wichtig, dass wir nicht nur Schritt halten, sondern uns durch Geschwindigkeit und Innovationsgeist hervorheben.“

Manfred Hackl, CEO EREMA Group

Kunststoff-Recycling ist global relevant. Momentan sehen wir verstärkt Chancen in Asien und den USA. In Europa wäre die Marktentwicklung hinsichtlich regulatorischer Entwicklungen mit guten Aussichten, ist jedoch aufgrund wirtschaftlicher und politischer Herausforderungen aktuell zurückhaltend“, erklärt Manfred Hackl, CEO der EREMA Group.

Auch für EREMA sind Innovation und Forschung von zentraler Bedeutung, wie Hackl betont. „Wir setzen auf kontinuierliche Weiterentwicklung, um auch in herausfordernden Marktbedingungen führend zu bleiben. Allerdings haben auch andere Regionen als Europa in den letzten Jahren starke Forschungs- und Entwicklungsprozesse etabliert und beschleunigt. Dies macht es umso wichtiger, dass wir nicht nur Schritt halten, sondern uns durch Geschwindigkeit und Innovationsgeist hervorheben. Nur so können wir unsere technologische Führungsrolle weiter ausbauen.“

Wo sieht er die Entwicklung des Unternehmens in den nächsten fünf Jahren? Hackl: „Mittelfristig sehen wir unser Unternehmen auf Wachstumskurs. Der Kunststoff-Recyclingmarkt bietet enormes



Künz ist eines der ältesten und erfolgreichsten Maschinenbauunternehmen aus und in Vorarlberg. Die Fokussierung auf ein spezifisches Produktportfolio und die internationale Ausrichtung sind Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens.

Potenzial. Aktuell liegt die Recyclingquote weltweit bei rund neun Prozent. Sowohl politische Stellen als auch bekannte Marken sind daran interessiert, die Quote zu erhöhen. Wir arbeiten gezielt darauf hin, dass die Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe bis 2030 Realität wird. Doch Innovation allein wird nicht ausreichen, sondern es braucht Kooperationen entlang der gesamten Wertschöpfungskette und die geeigneten Rahmenbedingungen, um das Potenzial auszuschöpfen.

Technologische Vorreiterrolle nutzen

Die Künz GmbH ist eines der innovativsten und erfolgreichsten Unternehmen der Vorarlberger Maschinenbauindustrie. Spezialisiert ist das Unternehmen auf Container- und Spezialkrane sowie auf leistungsfähige Lösungen für den Containerumschlag. Auch Künz lebt vom Export, er macht 90 Prozent des Geschäfts aus. Traditionell liegt der Schwerpunkt auf der westlichen Hemisphäre, v. a. Europa und Nordamerika. „Europa ist unsere Heimregion und aus Transportgründen vorteilhaft. Nordamerika ist uns kulturell nahe und bietet viel Potenzial. Mittelfristig werden wir uns auch mit anderen Regionen befassen, z. B. Australien und Südamerika. Fernostasien ist für unser Hauptgeschäft von untergeordnetem Interesse, da es für uns wenig Sinn macht, dort mit europäischen Kostenstrukturen plus langen Transportwegen gegen den lokalen Wettbewerb anzutreten“, so Günter Bischof, CEO von Künz.

Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhöhen, fordert er, dass neue bürokratische Anforderungen (Stichwort EU-Lieferkettenrichtlinie oder NIS2-Verordnung) auf ein Minimum reduziert werden müssen.

Bischof: „Bestehende Verpflichtungen müssen durchforstet werden. Auf Sozialpartner-ebene muss die Einsicht platzgreifen, dass unser Wettbewerb nicht nur aus Österreich kommt, und es in diesen Zeiten vorsichtige Lohnabschlüsse braucht. Und wenn das Schul- und Bildungssystem nicht wieder

„Fernostasien ist für unser Hauptgeschäft von untergeordnetem Interesse, da es für uns wenig Sinn macht, dort gegen den lokalen Wettbewerb anzutreten.“

Günter Bischof, CEO Künz

mehr Qualität auf breiterer Basis hervorbringt, wird es langfristig schwierig für den Standort.“

Technologie steht im Zentrum der Strategie von Künz. „In unseren Kernmärkten streben wir nach der technologischen Vorreiterrolle. Unsere Ingenieure arbeiten ständig an der Verbesserung technischer Lösungen und Verfahren“, so Bischof, und weiter: „Entgegen dem allgemeinen Trend konnten wir in der jüngeren Vergangenheit gut verkaufen und sind deutlich gewachsen. Mit unserem aktuellen Produktportfolio haben wir in unseren traditionellen Märkten hohe Marktanteile erzielt. Durch eine selektive Adaptierung unseres Produktportfolios wollen wir in den kommenden Jahren neue Marktsegmente erschließen. Die kaum prognostizierbare geopolitische Entwicklung wird dabei eine entscheidende Rolle spielen.“

Autorin: Herta Scheidinger



Franz Schellhorn
ist Direktor der
Denkfabrik
Agenda Austria

„Wenn ein Teil des Exportgeschäfts ins Wanken gerät, wackelt die gesamte österreichische Wirtschaft“

Franz Schellhorn, Direktor der Denkfabrik Agenda Austria, warnt vor den Folgen eines globalen Zollkriegs, mahnt zur Diversifizierung jenseits des Exportmarkts Deutschland und spricht über erfolgreiche Nischen der heimischen Industrie sowie den Reformstau in Österreich.

Die heimische Exportwirtschaft steht unter Druck: Handelskonflikte, geopolitische Spannungen und die wachsende Abhängigkeit von wenigen Märkten machen den Unternehmen zu schaffen. Franz Schellhorn, Direktor der Denkfabrik Agenda Austria, analysiert die strukturellen Schwächen der österreichischen Wirtschaftsstrategie und spricht über notwendige Reformen, internationale Chancen – und warum jetzt ein Umdenken gefragt ist.

Wie beurteilen Sie die derzeitige Lage der österreichischen Exportwirtschaft im Kontext globaler wirtschaftlicher Umbrüche?

Franz Schellhorn: Österreichs Exportwirtschaft steckt mitten in einem Sturm. Geopolitische Spannungen, der von US-Präsident Donald Trump ausgerufenen Zollkrieg und die Ukraine-Krise treffen uns direkt. Während viele Länder ihre Märkte neu ausrichten, bleibt Österreich weitgehend in alten

Foto: Markus Roessle

Strukturen verhaftet. Ohne schnelle Anpassung werden wir den Anschluss verlieren. Besonders gefährlich ist, dass Österreich in seiner Exportstrategie auf einige wenige, klassische Märkte setzt, anstatt Diversifikation voranzutreiben. Wenn wir uns nicht kurzfristig an die neue geopolitische Realität anpassen, werden wir langfristig wichtige Marktanteile verlieren. Darüber hinaus zeigt sich, dass die wirtschaftlichen Spannungen zwischen den großen Mächten die globalen Handelsflüsse immer mehr durcheinanderwirbeln. Das betrifft auch uns. Der Ukraine-Konflikt und die Zölle in den USA verstärken diese Unsicherheiten weiter. Unsere Unternehmen müssen sich in dieser unruhigen Lage besser positionieren und ihren Fokus stärker auf zukunftsorientierte Märkte legen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

In welchem Ausmaß ist Österreich von Exporten abhängig und welche Konsequenzen hat dies für die wirtschaftliche Stabilität des Landes?

Wir sind massiv von Exporten abhängig, sechs von zehn Euros verdienen unsere Unternehmen im Ausland. Wenn ein Teil des Exportgeschäfts ins Wanken gerät, wackelt die gesamte österreichische Wirtschaft. Es ist höchste Zeit, dass wir uns breiter aufstellen und nicht nur auf wenige Märkte wie etwa Deutschland, die USA oder China setzen. Besonders der starke Fokus auf Deutschland birgt die Gefahr, dass wir nicht mehr flexibel auf Veränderungen reagieren können. In einer Welt, die zunehmend durch politische Spannungen und Handelsbarrieren geprägt ist, kann sich eine zu starke Abhängigkeit von bestimmten Ländern als fatal herausstellen. Wir müssen unsere Exportstrategie erweitern und nach neuen Partnern suchen, vor allem in aufstrebenden Märkten in Asien und Afrika.

Welche Auswirkungen werden Handelszölle und protektionistische Maßnahmen auf die österreichische Exportwirtschaft haben?

Handelszölle und Protektionismus sind Gift für unsere Exportwirtschaft. Österreich lebt als kleines Land vom freien Handel, jeder Zoll bremst uns aus. Wir verlieren nicht nur an Wettbewerbsfähigkeit,

sondern auch an Marktanteilen. Der Schaden wird größer sein als jeder kurzfristige Vorteil, den Zölle bringen mögen. Auch die USA werden die Zölle spüren, Waren werden teurer werden, die Inflation wird nach oben gehen. Zölle schaden letztlich allen Beteiligten. Wir müssen erkennen, dass protektionistische Maßnahmen nur zu einer Aufweichung der globalen Märkte führen. Es entsteht eine Spirale, in der Zölle gegen Zölle laufen, die für alle Handelspartner Nachteile bringen. Österreich als exportorientiertes Land spürt das besonders hart, da wir auf offene Märkte angewiesen sind. Hinzu kommt, dass der bürokratische Aufwand durch Zölle enorme Ressourcen bindet, die wir besser in Innovation und Effizienzsteigerung investieren könnten.

„Die beste Lösung wäre: Alle Zölle abzuschaffen und die Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit den USA wieder aufzunehmen.“

Welche Strategien empfehlen Sie zur Bewältigung dieser Herausforderungen?

Die beste Lösung wäre: Alle Zölle abzuschaffen und die Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit den USA wieder aufzunehmen. Wir haben uns ja mit Händen und Füßen gegen TTIP gewehrt, jetzt beschwerten wir uns über hohe Zölle. Zudem müssen wir in neue Märkte investieren. Gleichzeitig müssen wir die Bedingungen für die Unternehmen in Österreich verbessern, sie stehen unter hohem Kostendruck. Gelingt uns das nicht, werden wir auch kein Exportproblem mehr haben, weil es keine Exporteure mehr geben wird. Auch die Förderung von Unternehmensgründungen und Innovationen durch eine gute Standortpolitik wäre entscheidend, um die Wirtschaft langfristig anzukurbeln. Die Politik sollte dringend den Rahmen schaffen, der es Unternehmen ermöglicht, sich auf den internationalen Märkten besser zu behaupten. Es

bedarf eines klaren Bekenntnisses zu einem freien Handel und einer stärkeren Partnerschaft mit internationalen Organisationen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Zudem muss der Staat seine Unterstützung auf die Stärkung der Innovationskraft von Unternehmen ausrichten, anstatt lediglich auf Förderungen ohne klare Zielsetzung. Dies könnte die Grundlage für langfristiges Wachstum legen.

Welche spezifischen Stärken sehen Sie in der österreichischen Wirtschaft, insbesondere in Nischenbranchen, und wie können diese optimal genutzt werden?

Österreich hat hervorragende Nischen im Maschinenbau, in grünen Technologien und der Medizintechnik. Diese Stärken müssen wir weiter ausbauen und international offensiv vermarkten. In diesen Bereichen sind wir technologisch führend, aber wir verschlafen es oft, die Märkte wirklich zu erobern. Innovation und Qualität sind unsere Waffen – wenn wir sie richtig einsetzen. Unsere Unternehmen haben in Nischenbereichen internationale Standards gesetzt, doch wir müssen auch die Exportstrategien verstärken, um international stärker wahrgenommen zu werden. Es ist entscheidend, dass wir Innovationen nicht nur innerhalb unserer Grenzen vorantreiben, sondern auch aktiv international kommunizieren und vermarkten. Wenn wir diese „Hidden Champions“ vor den Vorhang holen, können wir die österreichische Wirtschaft als einen globalen Innovator positionieren. Das erfordert jedoch nicht nur technologische Fortschritte, sondern auch eine klare Marketingstrategie auf internationalen Märkten.

Welche Märkte oder Branchen erachten Sie als besonders vielversprechend für Österreichs Zukunft, und aus welchen Gründen?

Digitalisierung, technologisch aufwendiger Ma-

schinenbau, der Tourismus und das Gesundheitswesen sind sicher Wachstumsfelder. Hier haben wir das Potenzial, führend zu sein. Speziell die Digitalisierung eröffnet neue Geschäftsfelder – wer in diesem Bereich nicht investiert, wird abgehängt. Das Gesundheitswesen bietet enorme Chancen, weil die demografische Entwicklung uns in diese Richtung drängt. Die zunehmende Digitalisierung ermöglicht nicht nur neue Geschäftsmodelle, sondern auch Innovationen in bestehende Branchen. Insbesondere die Entwicklung neuer Softwarelösungen, Datenanalyse-Tools und künstliche Intelligenz bieten großes Potenzial. Aber auch der Maschinenbau, der speziell in der hochspezialisierten Fertigung von Maschinen und Anlagen für verschiedene Industrien stark ist, hat enorme Exportmöglichkeiten. Österreich muss seine digitalen Kompetenzen weiter stärken und in der Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen vorangehen, um die internationalen Märkte zu erobern. Ein Fokus auf Smart Manufacturing und IoT (Internet of Things) könnte dabei der Schlüssel sein, um mit der internationalen Konkurrenz mithalten.



Welche Reformen halten Sie für unerlässlich, um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die wirtschaftliche Stabilität zu sichern?

Die Reformen sind klar: Weniger Steuern, weniger Bürokratie, weniger Förderungen und mehr Flexibilität. Wir müssen die Arbeitskosten drastisch senken und den Staat auf seine Kernaufgaben zurückführen. Die Abgaben müssen gesenkt werden, damit Unternehmen wieder konkurrenzfähig bleiben. Und ja, der Arbeitsmarkt muss flexibler werden. Der Reformstau kostet uns täglich Wohlstand. Dazu kommt die Notwendigkeit einer Modernisierung des Bildungssystems, das stärker auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt ausgerichtet werden muss. Es gibt zu viele Branchen, die unter einer überbordenden Bürokratie und zu starren Regelungen leiden. Wenn Österreich wettbewerbsfähig bleiben möchte, muss es diese Hürden abbauen und den Unternehmen die Freiheit geben, sich effizient zu organisieren und zu wachsen. Gleichzeitig brauchen wir eine Steuerpolitik, die nicht nur die Unternehmen entlastet, sondern auch die Bürger, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Wenn wir diese Themen nicht angehen, verlieren wir den Anschluss zu anderen europäischen Ländern, die in diesem Bereich bereits weiter sind.

Welche Rolle spielen Innovation und Forschung in Ihrer Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs?

Innovation ist der einzige Weg, um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. Wer heute nicht in Forschung und Entwicklung investiert, wird morgen abgehängt. Österreich muss ein Land der Innovation werden, nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis. Das bedeutet, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Ergebnisse liefert und die Unternehmen wirklich voranbringt. Wir müssen unsere Unternehmen dazu anregen, neue Technologien zu entwickeln, die auf den globalen Märkten nachgefragt werden. Forschung und Entwicklung sind der Kern des zukünftigen Wohlstands, und dies muss auf allen Ebenen gefördert werden, von Universitäten über Forschungszentren bis hin zu Start-ups.

Besonders in den Bereichen der künstlichen Intelligenz und digitalen Technologien liegt großes Potenzial. Nur wenn wir eine Innovationskultur etablieren und die richtigen Anreize setzen, wird es Österreich gelingen, sich langfristig auf den internationalen Märkten zu behaupten.

Wie sehen Sie die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den nächsten fünf Jahren, und welche Schritte sind notwendig, um eine positive Entwicklung zu fördern?

Wenn wir jetzt den Staat zurückdrängen und innovativen Unternehmen wieder mehr Raum geben, haben wir alle Chancen. Wir müssen die Politik auf ein klares Reformprogramm ausrichten – mit kon-

„Innovation ist der einzige Weg, um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. Wer heute nicht in Forschung und Entwicklung investiert, wird morgen abgehängt.“

kreten Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit auf allen Ebenen fördern. Andernfalls werden wir stagnieren und damit immer weiter zurückrutschen. Österreich hat die Chance, in den nächsten Jahren eine Schlüsselrolle in der globalen Wirtschaft zu spielen, doch dafür müssen wir die richtigen Entscheidungen treffen. Es geht darum, den Fokus auf Wachstum und Innovation zu richten, die Arbeitskosten zu senken und den Bürokratieabbau voranzutreiben. Wenn diese Schritte nicht in den nächsten Jahren umgesetzt werden, werden wir zunehmend hinter den globalen Entwicklungen zurückbleiben. Doch mit einer klaren Strategie können wir Österreich als Innovationsführer und attraktiven Wirtschaftsstandort etablieren, der den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. ■

Autor: Stephan Scoppetta

Die Abfallwirtschaft Österreichs als Entlastungsventil für den Wirtschaftsstandort

Eine aktuelle Studie des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI) belegt, dass die Abfallwirtschaft Österreichs gleichermaßen ein wichtiger Baustein des sozialen Miteinander als auch von wirtschaftlichen Prozessen ist.

Die heimische Abfallwirtschaft ist durch ein breites Spektrum an wirtschaftlichen Aktivitäten gekennzeichnet, nämlich die Sammlung von Abfällen, die Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling, die sonstige Verwertung (z. B. energetische Verwertung), die Beseitigung, die Wertstoffvermarktung und die Abfallkoordination. Mit knapp 3.500 Anlagen wird ein Abfallaufkommen von 74 Mio. Abfalltonnen bewirtschaftet (inkl. Aushubmaterial). Im Jahr 2024 sind 31.600 Beschäftigte in 3.000 Unternehmen der privaten und öffentlichen Abfallwirtschaft unmittelbar tätig. Sie erwirtschaften 9,2 Mrd. Euro an Umsatzerlösen. Die zahlenmäßig meisten Unternehmen der Abfallbehandlung haben ihre Standorte in Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark.

Die Abfallwirtschaft wächst im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überdurchschnittlich. Und die Branche ist dabei über die Zeit produktiver geworden. Jedoch muss sie wie der Rest der Wirtschaft hohe Faktorkosten meistern. Die Abfallwirtschaft investiert 2024 mehr als 600 Mio. Euro v. a. in neue Anlagen. Vor dem Hintergrund der intensiven wirtschaftlichen Vernetzung der Abfallwirtschaft in der österreichischen Volkswirtschaft werden wertvolle Impulse gesetzt. Davon profitieren weitläufige Wertschöpfungsketten, welche viele Produzenten und Dienstleister, den Handel oder die Bauwirtschaft umfassen.

Eine zentrale Symbiose bildet die Abfallwirtschaft mit ihren Technologielieferanten. Davon gibt es in Österreich zumindest 86 prominente Unternehmen, u.a. aus dem Maschinenbau, Hersteller von Metalzerzeugnissen sowie von Gummi- und Kunststoffwaren und Dienstleister für die Reparatur von Maschinen und Ausrüstungen.

Die Abfallwirtschaft löst im Jahr 2024 und gemessen am Umsatz eine gesamtwirtschaftliche österreichische Wirtschaftsleistung in Höhe von 19,5 Mrd. Euro aus – da zusätzlich zu direkten Effekten innerhalb der Unternehmensgrenzen, nachfrageseitige Wertschöpfungs-, Konsum- und Investitionseffekte außerhalb der Unternehmensgrenzen bewirkt werden. Der gesamte Beitrag zum heimischen Bruttoinlandsprodukt beträgt 6,6 Mrd. Euro an Wertschöpfung, welcher in der nationalen Betrachtung mit 75.300 Beschäftigten erwirtschaftet wird. Jeder Arbeitsplatz der Abfallwirtschaft sichert damit deutlich mehr als einen weiteren Arbeitsplatz in der restlichen heimischen Volkswirtschaft ab. Gesamtwirtschaftlich werden in einer konservativen Schätzung 2,6 Mrd. Euro an Fiskal- und Sozialbeitrags-effekten generiert.

Zusätzlich zu dieser beeindruckenden Performance tritt die Abfallwirtschaft im ökonomischen Sinne freilich auch als Lieferant auf. Sie produziert Energie aus nicht rezyklierbaren und unvermeidbaren Abfällen. Und insbesondere versorgt sie ihre Kunden mit Sekundärmaterialien. 34 % des gesamten österreichischen Abfallgesamtaufkommens werden recycelt. Hohe Recyclingraten gibt es bei der stofflichen Verwertung von Metall-, Papier- oder Glasabfällen.

Verantwortung in wichtigen Zukunftsthemen

Die heimische Abfallwirtschaft übernimmt nicht nur in aktuellen Wertschöpfungssystemen wichtige Funktionen. Sie trägt auch und v. a. Verantwortung für zukünftige Herausforderungen. Aufgrund ihrer Rolle für Lösungen der Kreislaufwirtschaft ist sie freilich per se ein tragendes Element zum Schutz von Klima und Umwelt.

Die Abfallwirtschaft sorgt im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten für überdurchschnittliche Recyclingraten im Bereich der Siedlungsabfälle bzw. unterdurchschnittliche Deponierungsquoten bei Siedlungsabfällen. Wichtige Zielvorgaben seitens der EU werden übererfüllt. Der Einsatz von Sekundärmaterialien ist ein wesentliches Mittel zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen. Von 1990 bis 2020 haben sich die Emissionen der Abfallwirtschaft um 50 % reduziert (von 4,6 Mio. Tonnen auf 2,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente). Der Trend zur Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Emissionen hält auch in Zukunft an.

Die Abfallwirtschaft ist ferner technologieorientiert. Sie agiert im nationalen Innovationssystem als Technologietransferknoten. F&E-Investitionen finden durch sie angeregt häufig bei Technologiepartnern bzw. im Rahmen externer F&E-Aufträge statt.

Bei positiver Dynamik wurden seit 2017 110 FFG-Projekte genehmigt bzw. gestartet, die sich ganz oder teilweise abfallwirtschaftlich relevanten Aufgabenstellungen widmen. Etwa 50 % dieser Projekte beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit Recycling. Auch die Anzahl der Patentanmeldungen hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Österreich zählt zu den EU-Top 5 bei Patentanmeldungen mit abfallwirtschaftlichem Bezug. Damit korrespondierend zeigt sich für die Abfallwirtschaft in den letzten Jahren eine Tendenz zur Höherqualifizierung; wobei sie grosso modo durch eine formal niedrige bis mittlere Berufsqualifikation gekennzeichnet ist. Jedoch bieten bereits 50 Regelstudien an österreichischen Universitäten und Fachhochschulen einschlägige Qualifikationen.

Systembedeutung

Die Abfallwirtschaft Österreichs hat große Bedeutung für die gesellschaftliche Ordnung. Ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge wird durch sie organisiert. Sie ist ein zentraler Baustein der Infrastruktur. Sie hat ökonomische Strahlkraft in sämtliche Verästelungen der Volkswirtschaft als vor- ebenso wie nachgelagerter Impulsgeber. Sie ist in ökonomischen und technologischen Produk-



tions-, Wertschöpfungs- bzw. Beschäftigungsnetzwerken aktiv. Sie fungiert als Entlastungsventil für angespannte Faktormärkte.

Die Abfallwirtschaft ermöglicht moderne Kreislaufwirtschaftssysteme.

Die Abfallwirtschaft forciert Zirkularität und Organisationswandel, indem sie Kreislaufwirtschaftsrhythmen in Gang setzt. Zur Dynamisierung der Grünen Transformation agiert sie aktiv und unterstützt andere Akteure bei der intelligenten Nutzung und Herstellung von Produkten und Infrastruktur, bei der Verlängerung der Lebensdauer von Produkten, Komponenten und Infrastruktur und bei der Wiederverwertung von Materialien. Im Rahmen von Partnerschaften wirkt sie mit ihrem Know-how auf Re-Strukturierungs-, Re-Orientierungs-, Re-Vitalisierungs- und Re-Modellierungsprozesse ein.

Zusätzlich zu ihrer Rolle als Ermöglicher moderner Kreislaufwirtschaftssysteme sorgt sie dafür, dass ihre eigenen Produktionsprozesse emissionsarm sind, und dass in neue Anlagen, in Forschung, Technologie und Innovation sowie in Humankapital investiert wird. Damit wird sie auch in Zukunft einen Beitrag zur Einhaltung nationaler Klimaziele bzw. zur Entlastung nationaler Budgets leisten. ■

Herwig W. Schneider ist Studienautor und Geschäftsführer des IWI.

Anmerkung: Die Studie wurde im Auftrag des Fachverbandes Entsorgungs- und Ressourcenmanagement der Wirtschaftskammer (FVERM), des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbandes (ÖWAV), der VÖA - Vereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe (VÖA) sowie des Verbandes Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) verfasst.



FUSION-Technologie

FUSION-Ansatz: ein neues Konzept, das die Rasterelektronenmikroskopie und die Rasterkraftmikroskopie verschmilzt.

Die FUSION-Technologie kombiniert die individuellen Stärken von Rasterelektronenmikroskopie (Scanning Electron Microscopy - SEM) und Rasterkraftmikroskopie (Atomic Force Microscopy - AFM). Während erstere eine schnelle Identifizierung des Interessensbereichs ermöglicht, ergänzt durch chemische Informationen, liefert letztere quantitative 3D-Oberflächeninformationen, erweitert um funktionelle Eigenschaften. Aufgrund des neuen Designs sind beide Techniken nicht nur auf flache Oberflächen anwendbar, sondern insbesondere auf unregel-

mäßig geformte Morphologien in realen Produkten oder sogar kompletten Geräten. Die integrierten hochmodernen Technologien ergänzen sich, um vollständig korrelierte, umfassende Materialerkenntnisse zu liefern. Es ist eine Plattform zur Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, aber auch für die Qualitätskontrolle und Fehleranalysen. Der FUSION-Ansatz eignet sich für eine breite Palette von Materialien, von Metallen über Halbleiter und Keramiken bis hin zu Polymeren und pharmazeutischen Anwendungen.

Das übergeordnete Ziel des ACR-Projekts FUSION, welches in den letzten beiden Jahren vom Zentrum für Elektronenmikroskopie (ZFE) gemeinsam mit dem Österreichischem Gießereinstitut (ÖGI), V-Research sowie dem Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) durchgeführt wurde, ist der Aufbau eines qualifizierten Kundennetzwerkes. Neue Technologiekonzepte und darauf aufbauende Erweiterungen sollen nachhaltig etabliert werden. Um diese erweiterte Problemlösungskompetenz für den Forschungsstandort Österreich auszurollen, bedarf es einer Identifizierung neuer Anwendungsfelder und der Erweiterung des Kundenkreises, welche in einem kommunizierenden Netzwerk bestehende Kooperationen ergänzen. Damit lassen sich gegenwärtige und zukünftige, technologische Erfordernisse frühzeitig erkennen und gezielt in Fortentwicklungsstrategien der agierenden ACR Institute überführen. Durch dieses technologisch-ökonomische Konzept entsteht eine nachhaltige Stärkung der Marktposition und Wettbewerbsfähigkeit aller Projektpartner, des ACR-Verbunds und des FEI Standorts Österreich.

Um das Marktpotential der FUSION-Technologie in der österreichischen Wirtschaft zu erheben, wurde vom IWI im Rahmen des Projekts eine Datenbank potenzieller Kunden und Partnern aufgebaut (in Summe 1.172 Unternehmen), welche als Grundlage für Markt- und Bedarfsanalysen dient. Zudem ermöglicht dies eine Identifikation von neuen Anwendungsfeldern bzw. Kooperationspartnern für die Formierung eines Netzwerks, welches vorhandene wie zukünftige Möglichkeiten der Projektpartner etabliert. Eine Soziale Netzwerkanalyse (SNA) ermöglicht die Visualisierung des FUSION-Technologie Netzwerks potenziell affiner Unternehmen. Das Netzwerk stellt dabei die für den laufenden Betrieb der jeweiligen Unternehmen relevanten Technologiefelder dar und zeigt über welche Kanäle (Kooperationen) diese übertragen werden. Netzwerkpartner sind Kooperationspartner (u. a. Universitäten, Forschungseinheiten, Kompetenzzentren), mit denen die Unternehmen regelmäßig inhaltlich zusammenarbeiten bzw. mit denen ein intensiver thematischer Know-how-Austausch stattfindet.

Die SNA zeigt eine hochgradige wie heterogene Vernetzung der Technologien bzw. FUSION affinen Unternehmen mit Kooperationspartnern des heimischen Wissens- bzw. Wirtschaftsnetzwerks. Die häufigste von den Unternehmen angewandte bzw. als relevant eingestufte Technologie ist dem Bereich Metalle & Legierungen zuzuordnen, gefolgt von Kunststoff & Chemietechnologie. Diese beiden Themenfelder stellen ebenso die häufigste vorkommende Kombination von Technologiefeldern dar. Gemeinsam mit Halbleiter & Mikroelektronik spannt sich ein Dreieck bzw. Wertschöpfungscluster zwischen diesen drei Technologien auf, das durch enge bzw. häufige Interaktionen und Synergien charakterisiert ist. Weitere Cluster zeigen sich zwischen Metalle & Legierungen, Halbleiter & Mikroelektronik und Glas, Optik & Licht sowie zwischen Kunststoff & Chemietechnologie, Biologie & Biotechnologie sowie Pharmazie & Medizintechnologie. Insbesondere letztgenannter Cluster beinhaltet Technologien, welche teilweise miteinander verwoben bzw. aufeinander angewiesen sind. Etwas disloziert ist im Gegensatz dazu die Textil- & Papiertechnologie.

Wenig überraschend weisen Universitäten die meisten Verknüpfungen mit den Unternehmen bzw. Technologien auf. Sie weisen die häufigsten Verbindungen zu Metalle & Legierungen und Kunststoff & Chemietechnologie auf und stellen somit deren wichtigsten Kooperationspartner dar, wie auch die Pharmazie & Medizintechnologie. Forschungsinstitute sind im Netzwerk ebenso präsent, gefolgt von Fachhochschulen und Kompetenzzentren, welche sich auf ähnlichem Vernetzungsgrad befinden. Die SNA zeigt ein komplexes Verflechtungsmuster der Unternehmen bzw. Technologien, welche mit sämtlichen Forschungseinrichtungen kooperieren. Hier zeigen sich keine expliziten Schwerpunkte bzw. Muster, sämtliche Technologien werden beinahe von allen Forschungsakteuren bedient, wobei die präsentesten Technologien naturgemäß ein höheres Maß an Kooperationen anziehen.

Eine erweiterte Betrachtung um Zulieferbranchen unterstreicht die komplett zusammenhängende

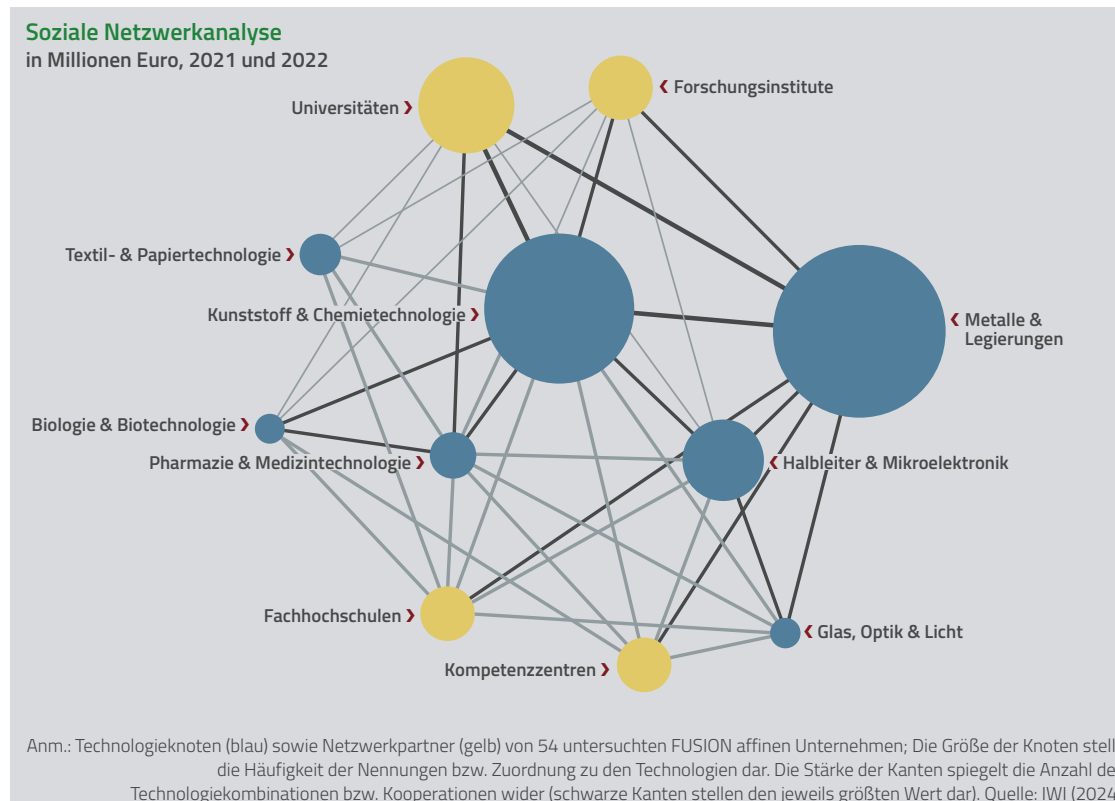
Netzwerkstruktur der FUSION affinen Unternehmen. Es hebt insbesondere die Verflechtung des Clusters „Metalle & Legierungen - Kunststoff & Chemietechnologie - Halbleiter & Mikroelektronik“ hervor, indem sich auch ihre Zulieferbranchen als vernetzt bzw. für mehrere Technologien als essentiell herauskristallisieren, wie bspw. die Metallherzeugung und -bearbeitung oder die Herstellung von Metallzeugnissen.

Zudem wird die Bedeutung der Energieversorgung für einige der angeführten Technologien und den damit verbundenen energieintensiven Tätigkeiten sichtbar. Die Unternehmen sind auf eine zuverlässige Energieversorgung mit stabilen Energiepreisen angewiesen, um ihrerseits wertschöpfend agieren zu können. Ähnliches gilt für kapitalintensive Technologien, wie bspw. Halbleiter & Mikroelektronik oder auch Pharmazie & Medizintechnologie, für diese stellt die Erbringung von Finanzdienstleistungen einen wesentlichen Inputfaktor dar.

Die bedeutende Rolle von Forschungsinstituten als Kooperationspartner wird durch die Tatsache, dass die Branche Forschung und Entwicklung für viele der untersuchten Unternehmensbranchen einen wichtigen Zulieferer darstellt, verstärkt. In der erweiterten Betrachtung zeigt sich zudem eine Verknüpfung der Textil- & Papiertechnologie mit der Kunststoff- & Chemietechnologie über ihre Funktion als Zulieferbranche (Herstellung von Papier/Pappe und Waren daraus).

Die Analyse verdeutlicht, dass die FUSION affinen Unternehmen in ein hochgradig vernetztes und diversifiziertes Netzwerk eingebettet sind. Diese Verflechtungen fördern nicht nur den Wissensaustausch, sondern auch die Innovationskraft durch die Nutzung von Synergien. ■

Autor: Peter Luptáčík ist Projektleiter Unternehmen und Statistik am Industriewissenschaftlichen Institut (IWI).



Dr. Josef Taus (1933–2024)

Josef Taus war ein herausragender Industrieller, Unternehmer und hoch angesehener Wirtschafts- und Industriepolitiker. Der ehemalige ÖVP-Chef und Industrielle ist im Dezember 2024 91-jährig nach längerer Krankheit verstorben. Für den Wirtschaftsstandort Österreich bleibt er als prägende Persönlichkeit in Erinnerung, die die Entwicklung der Zweiten Republik mitgeprägt und mitgestaltet hat. Josef Taus war nicht nur ein Unternehmer, sondern



auch ein Mann, der stets die Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und die Schaffung eines besseren sozialen Umfelds trug. Fleiß, Ehrgeiz, hohe Intellektualität und ein Gespür für Menschen zeichneten sein Wirken aus. Er blieb bis ins hohe Alter an der Spitze eines stark diversifizierten Milliardenkonzerns aktiv und hinterlässt ein Erbe des Engagements, das weit über die Grenzen der Geschäftswelt hinausreicht.

Dr. Claus J. Raidl (1942–2024)

Claus J. Raidl war ein Brückenbauer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft und ein engagierter Gestalter. Der leidenschaftliche und weitblickende Manager hatte in seiner beruflichen Laufbahn zahlreiche führende Positionen in der Privatwirtschaft und in staatlichen Unternehmen inne. Als CEO von Böhler-Uddeholm und Präsident der Österreichischen Nationalbank (OENB) setzte der gebürtige Steirer Akzente für das Land.



Als Manager der Verstaatlichten trieb er deren Privatisierung voran. Der Vordenker und langjährige Vizepräsident des European Forum Alpbach (EFA) prägte über Jahrzehnte die heimische Industrie und Wirtschaftspolitik. Er setzte sich stets für gemeinnütziges Engagement, unabhängige Bildungsinitiativen und eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik ein. Raidl starb am 10. Dezember 2024 im Alter von 82 Jahren nach schwerer Krankheit.

Dr. Hannes Androsch (1938–2024)

Hannes Androsch, ein bedeutender österreichischer Unternehmer und Politiker, ist am 11. Dezember 2024 im Alter von 82 Jahren verstorben. Androsch prägte über Jahrzehnte hinweg die österreichische Wirtschaft und Politik. Als Unternehmer setzte er sich immer wieder für Innovation und nachhaltige Entwicklung ein. Besonders bekannt wurde er durch die Führung seiner Firmengruppe und als weitblickender Industrieller. Zudem nahm Androsch als Politiker in seinen



Funktionen als Vizekanzler und Finanzminister in den 1970er-Jahren maßgebliche Weichenstellungen für die österreichische Wirtschaftspolitik vor, die bis heute das Land prägen. Seine Leidenschaft für das Wohl seines Landes und seine Visionen für eine starke Wirtschaft bleiben unvergessen. Er hinterlässt ein bedeutendes Erbe, das nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der politischen Landschaft Österreichs weiterwirken wird.

Für die Porr ist Deutschland ein besonders wichtiger Heimmarkt, in dem man seit vielen Jahren tätig ist.



Österreichs Exportwirtschaft – Erfolgsfaktor Europa

Österreich, als eines der stabilen und gut vernetzten Länder, spielt eine wichtige Rolle im internationalen Handel. Besonders der europäische Markt stellt einen zentralen Pfeiler für den österreichischen Export dar.

Österreich zählt zu den weltweit führenden Exportnationen und ist dank seiner hochentwickelten Industrie und starken internationalen Handelsbeziehungen ein wirtschaftlicher Vorreiter. Diese Exportorientierung stellt nicht nur den Wohlstand des Landes sicher, sondern schafft auch zahlreiche Arbeitsplätze. Im Jahr 2023

Zulieferprodukte in mehr als 200 Ländern. Im Globalisierungsindex-Ranking der ETH Zürich nimmt Österreich Platz sechs hinter der Schweiz, Belgien, den Niederlanden, Schweden und Deutschland ein. Damit gehört das Land zu den zehn besten Exporteuren weltweit, gemessen an den Pro-Kopf-Exporten. Über 1,2 Millionen Arbeitsplätze in Österreich sind direkt oder indirekt mit dem Erfolg der Exportwirtschaft verbunden.



TIPP: „Die gute Vorbereitung ist wesentlich - und man sollte die Entfernungen in Deutschland keinesfalls unterschätzen.“

Karl-Heinz Strauss, CEO Porr

konnte Österreich einen Rekordwert von 201 Milliarden Euro erzielen. 2024 lag das Exportvolumen bei beeindruckenden 191 Milliarden Euro. Heimische Exportfirmen vertreiben ihre Fertig- und

Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

Die AUSSENWIRTSCHAFT, als Teil der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), spielt dabei eine entscheidende Rolle. Sie fungiert als Internationalisierungs- und Innovationsagentur der österreichischen Wirtschaft und bringt heimische Innovationen weltweit auf den Markt. Gleichzeitig sorgt sie dafür, dass das Beste an globaler Innovation nach Österreich gelangt. Die Wirtschaftsdelegierten der AUSSENWIRTSCHAFT sind an mehr als 100 Standorten in über 70 Ländern aktiv. Sie bieten umfassende Expertise und lokale Netzwerke, um österreichischen Unternehmen bei der Kundenakquise, den Verhandlungen und Vertragsabschlüssen zu helfen.

Die AUSSENWIRTSCHAFT unterstützt Unternehmen als Türöffnerin, Trendscout und Wegbegleiterin. Dabei stellt sie ein breites Serviceangebot zur Verfügung, unterstützt mit Fördermöglichkeiten und hilft Unternehmen bei globalen Expansionsritten. Im Jahr 2024 zählte die AUSSENWIRTSCHAFT 226.000 Kontakte zu 18.000 österreichischen Kund:innen sowie 98.000 Kontakte zu 16.000 internationalen Geschäftspartner:innen.

Region Nord- West-Zentral und Südeuropa

Die Exportwirtschaft Österreichs ist insbesondere in Europa stark verankert. Etwa 78 Prozent der heimischen Wareneinfuhren gehen in europäische Länder, während 76 Prozent der Produkte aus Europa bezogen werden. 2024 betrug die Ausfuhr nach Europa 149,3 Milliarden Euro. Die wichtigsten Handelspartner in der Region Nord-, West-, Zentral- und Südeuropa sind Deutschland, Italien, die Schweiz, Belgien und Frankreich.

Ein besonderes Merkmal des österreichischen Exports ist die hohe Bedeutung von Investitionsgütern, insbesondere im Maschinenbau und Fahrzeugbau, einschließlich Kfz-Motoren und -Teilen. Auch chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl, Nahrungsmittel und Getränke sowie Elektronik & Elektrotechnik und Kunststoffe zählen zu den Top-Exportgütern.

Deutschland als wichtiger Markt

Deutschland ist der größte Exportpartner Österreichs. 2024 betrugen die Ausfuhren nach Deutschland rund 56,8 Milliarden Euro. In den letzten Jahren hat sich an der Zusammensetzung des bilateralen Handels nicht viel geändert, auch wenn die wirtschaftliche Schwäche in wichtigen Branchen wie dem Automobilbau spürbar wurde. Die wichtigsten österreichischen Warenlieferungen nach Deutschland kommen aus dem industriellen Sektor: Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, elektrische Maschinen und Geräte sowie Metallwaren, Eisen und Stahl machen fast die Hälfte des Exportwerts nach Deutschland aus. Umgekehrt sind die wich-



Der Bau eines neuen Produktionsstandorts in Bönen (Deutschland) brachte für Welser Profile die Nähe zum Vormaterial- und Absatzmarkt.

tigsten Positionen bei österreichischen Bezügen aus Deutschland ebenso Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge. Des Weiteren importiert Österreich vor allem Fertigwaren, Metallwaren, chemische Erzeugnisse sowie Mineralbrennstoffe und Schmiermittel vom nördlichen Nachbarn.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Eines der zahlreichen österreichischen Unternehmen, das auch in Deutschland erfolgreich ist, ist Porr. Die Porr fing nicht lange nach ihrer Gründung 1869 an, auch in Deutschland zu bauen. Eine klare Exportstrategie entwickelte sich jedoch erst in den

TIPP: „Für uns liegt der USP in den Menschen und ihrem Potenzial. Auf diese Potenzialentfaltung muss unserer Ansicht nach unbedingt der Fokus gelegt werden!“

Thomas Welser, Welser Profile



1980er-Jahren. Mit der Gründung der Porr International AG und der damit verbundenen Auslagerung des Auslandsgeschäfts setzte die Porr 1984 einen wichtigen Schritt Richtung Internationalisierung. „Für die Porr ist Deutschland ein besonders wichtiger Heimmarkt. Hier bieten wir unser vollständiges Leistungsportfolio an. Aufgrund der geografischen Nähe haben wir einen historisch gewachsenen starken Bezug zu diesem Markt und mit vielen Auftraggebern pflegen wir eine sehr lange, partnerschaftliche Zusammenarbeit. So er-

Bertsch Foodtec stellt Maschinen für die Molkereiindustrie her, wie Anlagen für die Mozzarellaherstellung.



richten wir derzeit das Elisabeth-Selbert-Haus für den Deutschen Bundestag in Berlin und untertunneln die Elbe für die Windstromleitung SuedLink, die den Süden des Landes mit erneuerbarem Strom aus dem windreichen Norden versorgen wird“, erklärt Porr CEO Karl-Heinz Strauss und weiter: „Im Industriebau bemerken wir, dass der Markt wieder anzieht.“ Die Zusammenarbeit mit der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA funktioniert für Porr schon sehr lange sehr gut. „Es ist gut, zu wissen, dass den österreichischen Unternehmen im Ausland im Bedarfsfall eine starke Partnerin zur Seite steht.“

Logistische Vorteile nutzen

Ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche Exportstrategie österreichischer Unternehmen ist die Welser Profile Unternehmensgruppe. 1999 wagte das Familienunternehmen den Schritt nach Deutschland, indem es mehrere Unternehmen übernahm. „Mit diesen Übernahmen wollten wir

Bönen (Deutschland) im Jahr 2000 brachte die Nähe zum Vormaterial- und Absatzmarkt und logistische Vorteile für die Kunden aus dem nord- und westeuropäischen Raum. Welser: „Im Laufe der Zeit hatten wir es mit sehr unterschiedlichsten Rahmenbedingungen zu tun. Die wirtschaftliche Kraft der Region hat in den letzten Jahren sehr gelitten. Die Wirtschaftspolitik Deutschlands und Europas lässt zu wünschen übrig, die europäische Stahlindustrie steht vor großen Herausforderungen, davon ist auch die Region betroffen. Auf der positiven Seite der Region stehen sicher die Menschen. Zum einen mit Ihrer Kultur und zum anderen mit Ihrer Qualifikation, u.a. durch das gute Ausbildungssystem. Ebenso die logistische Lage. Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA stand uns in verschiedensten Fragen beratend zur Seite.“

Wirtschaftspartner Italien

Mit einem Exportvolumen von 11,7 Mrd. Euro hat Italien auch im Jahr 2024 seine Position als Österreichs drittwichtigster Wirtschaftspartner nach Deutschland und den USA behauptet. Dieser Erfolg spiegelt sich in einer Vielzahl von Geschäftschancen wider, die österreichische Unternehmen in Italien entdecken können. Zu den wichtigsten Exportgütern „Made in Austria“ gehören Holz und Waren daraus, Eisen, Stahl sowie diverse Metalle. Ebenso spielen Maschinenbauerzeugnisse, Kessel und mechanische Geräte eine entscheidende Rolle im bilateralen Handel. Besonders hervorzuheben sind die Bereiche, in denen österreichische Unternehmen ihr Potenzial weiter ausbauen können, wie innovative Technologien im Kontext der „grünen Wende“, die Digitalisierung sowie moderne Halbfertigprodukte. Diese Sektoren bieten neue Perspektiven und Chancen für die Unternehmen beider Länder. Auch die Bereiche Logistik und Life Science zeigen zunehmendes Wachstumspotential.

Rund 80 Prozent des Warenaustauschs zwischen Österreich und Italien konzentrieren sich auf sechs wirtschaftlich starke Regionen im Norden des Landes: Lombardei, Venetien, Trentino-Südtirol, Emilia Romagna, Piemont und Friaul-Julisch Venetien. In diesen Regionen sind auch die meisten der ca. 1.000

TIPP: „Investieren Sie in nachhaltige, persönliche Beziehungen – Vertrauen und Kontinuität sind zentrale Schlüsselemente für den Erfolg auf dem italienischen Markt.“
Hubert Bertsch Jr., CEO Bertsch Foodtec

Kapazitätsengpässen entgegenzutreten und uns dem nord- und westeuropäischen Markt nähern“, erklärt Thomas Welser, CEO der Welser Profile. Der Bau eines neuen Produktionsstandorts in

italienischen Unternehmen mit österreichischer Beteiligung ansässig, was den Stellenwert dieser geographischen Lage für die bilateralen Handelsbeziehungen unterstreicht.

Erfolgsbeispiel Bertsch Foodtec

Ein Paradebeispiel für eine erfolgreiche langfristige Geschäftsbeziehung in Italien ist Bertsch Foodtec, ein Hersteller von Maschinen für die Molkereindustrie. Das Unternehmen ist seit über 45 Jahren auf dem italienischen Markt aktiv und verstärkte seine Präsenz in den letzten 25 Jahren erheblich. Im Jahr 2023 übernahm Bertsch Foodtec die Giacomazzi Food Tech S.R.L. zu 100 Prozent. „Unsere Erfahrungen in Italien sind durchweg positiv. Die AUSSENWIRTSCHAFT war für uns stets ein wertvoller Partner – ob bei Rechtsfragen im M&A Prozess, Marktanalysen oder beim Location Scouting für eine neue Produktionsstätte in Italien. Die Unterstützung war jederzeit professionell und praxisnah“, erklärt Geschäftsführer Hubert Bertsch Jr. Langfristige Partnerschaften, persönliche Betreuung der Kunden sowie ein tiefes Verständnis für die regionalen Gegebenheiten sieht man bei Bertsch Foodtec als Schlüssel des Erfolgs. Bertsch: „Gleichzeitig setzen wir auf technologische Kompetenz und höchste Qualität in unseren Lösungen.“

Frankreich als Markt mit Potenzial

Mit einem Exportvolumen von knapp sieben Milliarden Euro hat Frankreich auch 2024 eine zentrale Rolle im Handel mit Österreich gespielt. Dabei gab es jedoch deutliche Verschiebungen in den wichtigsten Exportpositionen, die die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder prägen. Insbesondere die Lieferung von Hormonen hatte einen maßgeblichen Einfluss auf die Exportzahlen. Diese Sondereffekte katapultierten die Kategorie „organische Verbindungen“ auf 448 Millionen Euro und damit um 159 Prozent nach oben. Diese Entwicklung führte dazu, dass „organische Verbindungen“ zur sechstwichtigsten Exportposition wurden. Trotz dieses außergewöhnlichen Anstiegs gab es bei anderen wichtigen Exportkategorien Rückgänge. Frankreichs Luftfahrt- und Automobilindustrie sind



Doppelmayr ist seit den 1980er-Jahren erfolgreich auf dem französischen Markt tätig, wie bei der Seilbahn im Skigebiet Orelle.

nach wie vor zentrale Wirtschaftszweige, jedoch stehen sie vor verschiedenen Herausforderungen. Als Folge verzeichnete die Hauptkategorie für den österreichischen Export „Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte“ einen Rückgang von 16,4 Prozent, was zu einem Rückgang um 230 Millionen Euro führte. Auch die zweitwichtigste Exportposition, „Zugmaschinen, Kraftfahrzeuge, Traktoren, Motorräder, Fahrräder“, verzeichnete einen Rückgang von 21,5 Prozent auf 619 Millionen Euro. Trotz dieser Schwankungen sehen österreichische Unternehmen weiterhin Potenzial im französischen Markt, besonders in Bereichen wie der Dekarbonisierung und Umwelt-

TIPP: „Genau hinhören, was am Markt gefragt ist, was die Anforderungen der Kunden sind, die lokalen Gegebenheiten und die Entscheidungsträger zu kennen – all das ist erfolgsentscheidend.“

Thomas Pichler, CEO Doppelmayr



technologien, wo österreichische Produkte nach wie vor stark gefragt sind.

Nahe am Kunden sein

Ein herausragendes Beispiel für die langjährige Präsenz österreichischer Unternehmen in Frankreich ist die Doppelmayr Gruppe. Seit den 1980er-Jahren ist das Unternehmen, das sich auf Seilbahntechnologie spezialisiert hat, erfolgreich auf dem französischen Markt tätig. Die erste Niederlassung

Christof Industries entwickelt weltweit Anlagen für die Industrie und Energiewirtschaft und ist seit Jahrzehnten erfolgreich in Frankreich tätig.



wurde 1987 in Nizza gegründet, und der heutige Standort von Doppelmayr France in Modane wurde 1992 aufgebaut. „Die frühe Internationalisierung begründet sich einerseits in den länderspezifisch unterschiedlichen Seilbahnrichtlinien von früher, andererseits ist es der Anspruch unserer Unternehmensgruppe, nahe am Kunden zu sein, die Märkte zu verstehen und entsprechend der Marktanforderungen und -besonderheiten Länderververtretungen aufzubauen und zu organisieren“, erklärt Thomas Pichler, Executive Board Member Doppelmayr. Er hebt hervor, dass das Unternehmen dabei stets lokale Netzwerke nutzt, zu denen auch die AUSSENWIRTSCHAFT gehört, und die Zusammenarbeit sehr gut funktioniert.

Aktuell arbeitet das Unternehmen an einem innovativen Projekt in Paris – der ersten urbanen Seilbahn im Großraum der französischen Hauptstadt. Diese Seilbahn wird direkt an das Pariser Metro-System, genauer gesagt an die Linie M8, ange-



TIPP: „Erfolg in der Industrie erfordert langfristiges Denken. Unternehmen, die auf Sicherheit, Nachhaltigkeit und technologische Exzellenz setzen, schaffen Vertrauen – bei Partnern, Kunden und der Gesellschaft“

Johann Christof, CEO Christof Industries

schlossen und Teil des Verkehrssystems von Île-de-France Mobilités sein. „Für Europa wird dieses Projekt sicher eine große Strahlkraft innovativer und multimodaler Verkehrslösungen haben.“

Exporttag 2025

Motto: „Seizing Business Opportunities. NOW!“



Der Exporttag ist das Top-Event für Unternehmen, die international wachsen und neue Märkte erschließen wollen. Mit über 2.500 Entscheidungsträger:innen aus Wirtschaft, Politik und Innovation bietet diese Veranstaltung eine einmalige Gelegenheit, sich zu vernetzen, Trends zu diskutieren und wertvolle Geschäftskontakte zu knüpfen.

Warum Sie dabei sein sollten?

Hochkarätige Speaker – über 50 nationale und internationale Expert:innen
Exklusive Einblicke – 20+ Keynotes, Talks und Panels auf zwei Bühnen
Top-Netzwerk – Treffen Sie C-Level-Vertreter:innen, Branchenführer:innen und junge Talente
Direkter Wissenstransfer – Aktuelle Strategien für Export, Wachstum und Innovation
Die Registrierung erfolgt unter www.exporttag.at oder vor Ort und ist kostenlos.

Datum: 3. Juni 2025

Ort: Wirtschaftskammer Österreich,
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Projekte effizient umsetzen

Christof Industries, ein Familienunternehmen, das weltweit Anlagen für die Industrie und Energiewirtschaft entwickelt, ist seit Jahrzehnten erfolgreich in Frankreich tätig, wo 2025 ein aktuelles Projekt startet. „Hier arbeiten wir am Celtic Interconnector, einer wichtigen Stromverbindung zwischen Frankreich und Irland. In Le Martyre an der Atlantikküste errichten wir dafür ein Umspannwerk zur Umwandlung von Wechselstrom in Gleichstrom – in Zusammenarbeit mit Siemens Energy, einem zentralen Partner in diesem Vorhaben“, so Christof Industrie CEO Johann Christof. Für ihn ist Internationale Zusammenarbeit ein entscheidender Erfolgsfaktor für große Industrieprojekte. „Unsere Erfahrungen mit der AUSSENWIRTSCHAFT sind durchwegs positiv. Die enge Kooperation mit lokalen Partnern, Behörden und Wirtschaftsorganisationen ermöglichte es uns, schnell Fuß zu fassen und Projekte effizient umzusetzen. Unsere österreichische Engineering-Expertise wird weltweit geschätzt, und wir erleben, dass sich durch langfristige Zusammenarbeit stabile und vertrauensvolle Geschäftsbeziehungen entwickeln lassen.“

Autorin: Helene Tuma











NORD-WEST-ZENTRAL UND SÜDEUROPA

Ausfuhren in Mio. Euro (Anteil an der Welt)

Überblick

WELT	191.004
Nord-West-Zentral und Südeuropa	131.613 (69%)
EU	127.984 (67%)

TOP-Länder

 Deutschland	56.759
 Italien	11.701
 Schweiz	9.476
 Polen	7.342
 Frankreich	6.944
 Ungarn	6.845
 Tschechien	6.746
 Vereinigtes Königreich	4.933
 Slowakei	3.752
 Niederlande	3.503

TOP-Gütergruppen

▪ Kessel, Maschinen, Apparate und mechan. Geräte	21.066
▪ Zugmaschinen, Kraftfahrzeuge, Traktoren, Motorräder, Fahrräder	14.866
▪ Elektrische Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren	12.967
▪ Pharmazeutische Erzeugnisse	12.791
▪ Kunststoffe und Waren daraus	7.246
▪ Eisen und Stahl	7.232
▪ Mineralische Brennstoffe; Mineralöle, Destillationserzeugnisse	5.235

Anm. 1: Deutschland, Italien, Schweiz, Polen, Frankreich, Ungarn, Tschechien, Vereinigtes Königreich, Slowakei, Niederlande, Belgien, Spanien, Schweden, Dänemark, Finnland, Irland, Portugal, Norwegen, Litauen, Liechtenstein, Estland, Luxemburg, Lettland, Island, Malta, Andorra, Vatikanstadt;

Anm. 2: 2024 vorläufige Werte; TOP-Gütergruppen des europäischen Ländersamples; Quelle: Statistik Austria, Außenhandelsstatistik

Links zum Thema

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Berichte

<https://www.wko.at/aussenwirtschaft/berichte>

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Veranstaltungen

<https://www.wko.at/aussenwirtschaft/veranstaltungstermine>

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Länder

<https://www.wko.at/aussenwirtschaft/laender>

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA Branchen

<https://www.wko.at/aussenwirtschaft/branchen>

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

https://x.com/wko_aw?lang=de

Facebook AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

<https://www.facebook.com/aussenwirtschaft/>

YouTube AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

<https://www.youtube.com/aussenwirtschaft>

LinkedIn AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

<https://www.linkedin.com/company/aussenwirtschaft-austria/posts/?feedView=all>

Instagram AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

https://www.instagram.com/aussenwirtschaft_austria.at

Flickr AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

<https://www.flickr.com/people/aussenwirtschaftaustria/>

YouTube LOOKAUT

<https://www.youtube.com/@LOOKAUT>

Die internationale Konjunkturentwicklung

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage in Österreich (und auch in Deutschland) gerät aus dem Blickfeld, dass die globale Konjunkturentwicklung ein gewisses Maß an Stabilität zeigt. Allerdings sind konkrete Impulse zu einer Konjunkturbeschleunigung nicht auszumachen, während insbesondere handelspolitische Unsicherheiten ein zusätzliches Abwärtsrisiko darstellen.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Die bislang vorliegenden Wirtschaftsdaten deuten eine moderate Verbesserung der Wirtschaftslage an, gleichzeitig werden Voraussagen für die Jahre 2025 und 2026 zurückgenommen. Abgesehen davon, dass Wirtschaftsdaten noch vorläufig und jedenfalls unvollständig sind, scheinen sich in den Informationen vor allem vorgezogene Warenbewegungen niederzuschlagen: Um drohenden Strafzöllen im Zuge der handelspolitischen Auseinandersetzungen vorzubeugen, wurden Lieferungen beschleunigt durchgeführt. Insbesondere die stark exportorientierte chinesische Volkswirtschaft wirkt dadurch zu Jahresbeginn 2025 wie ein Fels in der Brandung. Abgesehen von Japan sowie den bedeutenden Schwellenländern Indien, Brasilien und Mexiko zeigen alle wichtigen Volkswirtschaften in den letzten Monaten eine durchgehende Verbesserung der von der OECD berechneten „Leading Indicators“, der konjunkturellen Frühindikatoren. Diese Verbesserung ist aber nicht kräftig genug, um daraus auf einen tragfähigen Aufschwung schließen zu können.

Das globale Wirtschaftswachstum von 3,2 % im Jahr 2024 dürfte sich – wenn man einen Konsens aus den Prognosen von Internationalen Währungsfond, OECD und anderen wichtigen Prognoseinstituten ableitet – im laufenden Jahr auf 3,1 % und im kommenden Jahr auf 3,0 % abschwächen. Angesichts der geringen Veränderungen kann man von einer anhaltenden Seitwärtsentwicklung der Weltkonjunktur sprechen. Im Wesentlichen ist davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum der USA zurückgeht (aber immer noch über dem Durchschnitt der Industriestaaten insgesamt bleibt) und sich das Wachstum in Europa unter gewissen

Voraussetzungen leicht beschleunigt. Unter den Emerging Marktes bleiben die Volkswirtschaften in Ost-, Südost- und Südasiens die Wachstumstreiber, mit einer absehbaren Wachstumsabschwächung in China. Abgesehen von Mexiko dürften die wichtigsten Schwellenländer sowohl 2025 als auch 2026 ein solides Wachstum erreichen, sodass die Nachfrage aus Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika die globale Wirtschaftsentwicklung etwas stabilisieren.

Das große Risiko für diese Prognose sind Störungen des internationalen Handels: Politische Konflikte führen dazu, dass sich Handelsströme aus Opportunitätserwägungen oder infolge von Handelsbeschränkungen und Sanktionen neuformieren und ihre Rolle als Treiber von Wachstum und Wertschöpfung nicht übernehmen können. Von den USA ausgehende, protektionistische Tendenzen bewirken Einschnitte in die Handelsströme und damit wachstumsdämpfende bzw. inflationsbeschleunigende Auswirkungen. Eine breite Implementierung von Zöllen oder ähnlichen Maßnahmen ist in den gegenwärtigen Konjunkturprognosen nicht berücksichtigt und könnte in den USA zu einem starken Inflationsdruck führen, in ausgeprägt exportorientierten Volkswirtschaften zu einer empfindlichen Nachfragedämpfung.

In Europa akzentuiert sich die konjunkturelle Spaltung: In Deutschland, Frankreich, Italien und auch in Österreich stagniert (oder schrumpft) die Wirtschaft im Jahr 2025, im kommenden Jahr könnte in diesen Ländern (wie auch in Belgien und den Niederlanden) das Wachstum bei bis zu einem Prozent liegen. Im Gegensatz dazu sind in mehreren

süd-, südost- und osteuropäischen Ländern verhältnismäßig robuste Wachstumsraten zu verzeichnen. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen erschweren wirtschaftspolitische Reaktionen.

Nach deutlichen Zinssenkungen in den USA und in Europa ist die Geldpolitik nicht länger als restriktiv anzusehen. Dies hat die Inflationserwartungen ansteigen lassen, parallel dazu auch die Kapitalmarktzinsen. Letztere spiegeln insbesondere in Europa auch die Erwartung höherer Finanzierungserfordernisse der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit steigenden Verteidigungsausgaben wider. Zusätzlich zu den hohen Kosten der Dekarbonisierung und schon heute hohen Verschuldungsniveaus in zahlreichen europäischen Ländern erscheint weder eine rasche Rückführung der Inflationsraten auf ein stabilitätsverträgliches Niveau noch eine weitere signifikante Verringerung der Finanzierungskosten realistisch. Dadurch verschärft sich weiter das Problem der internationalen Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produkte.

Zu den seit Jahren erwarteten politischen Diskussionen über eine gerechte Verteilung der steigenden finanziellen Lasten aus der demografischen Alterung kommt nun die Fragen der Verteilung der Lasten aus dem Klimaschutz und der militärischen Verteidigung hinzu. Sowohl auf europäischer Ebene wie auf Ebene der Nationalstaaten besteht das Risiko, dass diese Themen die vorhandene Bereitschaft zur politischen Konsensbildung überfordern.

Bislang ist es in Europa gelungen, die Auswirkungen der schwachen Wirtschaftsentwicklung auf die Bevölkerung zu minimieren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Arbeitslosigkeit insgesamt auf relativ niedrigem Niveau verharrt. Teils hat dies demografische Gründe, teils versuchen Unternehmen weiterhin Arbeitskräfte über den unmittelbaren Bedarf hinaus in den Unternehmen zu halten („Labour Hoarding“); letzteres führt zu geringerer Produktivität. Positiv wirkt sich dies mitunter auf die Konsumbereitschaft hinsichtlich Investitionen in langlebige Konsumgüter und Immobilien aus. Im Business and Consumer Survey der Europäischen Union liegt folglich die Konsumentenstimmung



weiterhin in etwa im langjährigen Durchschnitt bzw. unterschreitet diesen Durchschnittswert primär in Ländern mit stark gestiegener Arbeitslosigkeit.

Entsprechend der schwierigen Lage der europäischen Industrie liegt deren Einschätzung erheblich unter den langjährigen Durchschnittswerten, besonders deutlich in Deutschland und Österreich. Obgleich die Lage der Auftragsbestände unverändert schlecht ist, hat sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres eine leichte Besserung der Einschätzung gezeigt, zurückzuführen auf eine leichte Steigerung der Produktion und eine deutlichere Steigerung der Produktionserwartungen. In diesen Werten dürften sich die erwähnten Lieferbeschleunigungen aufgrund drohender Handelskonflikte niederschlagen.

Die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (unter mehr als 400 Unternehmen mit rund 310.000 Beschäftigten) zeigt das Bild einer verfestigten Krise, aus der es aufgrund der Standortprobleme mit einer die Konkurrenzfähigkeit massiv beeinträchtigenden Kostenbelastung keinen einfachen Ausweg gibt. Der Verlust an Konkurrenzfähigkeit zeigt sich in einer anhaltenden Erosion der Auslandsaufträge, die angesichts der internationalen Konjunkturentwicklung einen Verlust an Marktanteilen anzeigt. Die Einschätzung der Geschäftslage seitens der österreichischen Industrie weist seit 14 Quartalen keine Verbesserung auf, was einen Rekordwert darstellt. Diese Erhebung wird durch statistische Daten untermauert, die eine deutliche Reduktion der Wertschöpfung der Industrie in Österreich zeigen. Die Zukunftsaussichten werden als schlecht eingeschätzt, was sich folgerichtig in einer geringen Bereitschaft zu Investitionen niederschlägt: Laut jüngster WIFO-Prognose werden 2025 neuerlich (zum dritten Mal hintereinander) die Anlageinvestitionen in Österreich rückläufig sein. ■

Industrieproduktion 2024 um weitere 6,2 Prozent gesunken

Die Gemengelage in der heimischen Industrie ist weniger als berauschend und mehr als besorgniserregend: Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung sind auch 2024 rückläufig.

Mag. Andreas Mörk

Weniger Produktion in der Industrie

Die österreichische Industrie hat 2024 einen vorläufigen nominellen Produktionswert von 204 Mrd. EUR erwirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr wurde um 14 Mrd. EUR bzw. 6,2 % weniger Produktion abgesetzt. Anders als in den Vorjahren spielen die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen beim Gesamtwert eine immer weniger relevante Rolle: Im Jahr 2024 hatten die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen einen Anteil an der heimischen Industrieproduktion von 12 %; 2022 lag dieser doppelt so hoch. Aus den Vorjahren wissen wir, dass es vor allem die Preiseffekte sind, die hier wirkten.

Der Trend, dass die abgesetzte Produktion der Industrie insgesamt schon im Jahr 2023 in keinem einzelnen Monat über dem jeweiligen Vorjahresmonat lag, setzt sich fort. Auch 2024 ist die Produktion in 11 von 12 Monaten niedriger als im jeweiligen Vorjahresmonat (Ausnahme: Juli 2024). Summa summarum erreicht die Industrie Österreichs einen Produktionswert, der annähernd so hoch ist wie jener des Jahres 2021 mit dem entscheidenden Unterschied, dass es damals einen Trend nach oben gab, der auf der Monatsebene für das Jahr 2024 nicht dergestalt zu beobachten ist.



Mag. Andreas Mörk

In 13 der 16 Fachverbände der Industrie sinkt die abgesetzte Produktion 2024 im Vergleich zum Vorjahr, in

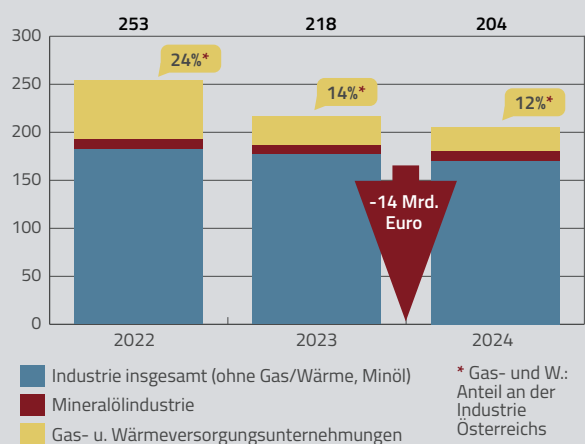
9 davon überdurchschnittlich, was die Dynamik betrifft. Im Gegensatz dazu gibt es Zuwächse in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Chemische Industrie inkl. Pharmaindustrie sowie der Papierindustrie, wobei die beiden letztgenannten zwischen 2022 und 2023 mit Produktionseinbußen zu kämpfen hatten und 2024 das Niveau von 2022 noch nicht erreichen. In der absoluten Betrachtung resultiert der Produktionsrückgang in der Industrie zwischen 2023 und 2024 – neben den Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen – vor allem aus der Metalltechnischen Industrie, der Elektro- und Elektronikindustrie, der Fahrzeugindustrie oder der Bergwerke und Stahlindustrie.

Weniger Auftragseingänge in der Industrie

Im Jahr 2024 betragen die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der Industriebetriebe nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria 128 Mrd. EUR (-1,2 % im Vergleich zum Vorjahr; -1,5 Mrd. Euro).^{*} Aufträge aus dem Ausland sind für die heimische Industrie besonders relevant: Mehr als sieben von zehn Euro an Auftragseingängen kommen von Betrieben jenseits der heimischen Grenzen. Besonders besorgniserregend: Die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland waren schon 2023 im Schnitt um 9 % niedriger als 2022 und stagnieren im Jahr 2024. Ähnlich wie bei der abgesetzten Produktion ist man zurückversetzt ins Jahr 2021, wobei der Wert der Auftragseingänge gesamt 2024 jenen von 2021 nicht überschreitet.

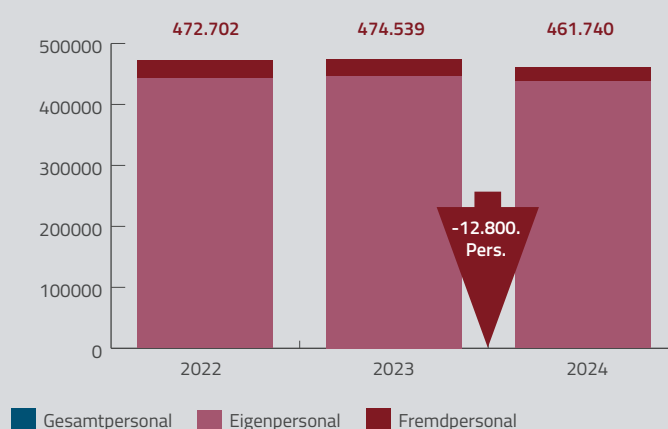
In der absoluten Betrachtung sind die Auftrags-eingänge besonders in der Elektro- und Elektronik-industrie, der Fahrzeugindustrie oder der Berg-

Abgesetzte Produktion der Industrie in Mrd. Euro



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung in Kammersystematik, endgültige Werte bis 2023 & vorläufige Werte für 2024 inkl. BSI-Adaptierung

Gesamtpersonal der Industrie



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung in Kammersystematik, endgültige Werte bis 2023 & vorläufige Werte für 2024 inkl. BSI-Adaptierung

werke und Stahlindustrie 2024 niedriger als im Vorjahr. In ihrer Dynamik ist der Rückgang in der Elektro- und Elektronikindustrie bzw. der Bergwerke und Stahlindustrie in etwa zehnmal so hoch wie im Schnitt der Industrie (1,2 %). Während in diesen beiden Fachverbänden sowohl die Inlands- wie Auftragsaufträge zurückgehen, sind es in der Fahrzeugindustrie insbesondere die Auftragsaufträge, die zur negativen Dynamik beitragen. Nach dem starken Einbruch im Jahr 2023 stiegen die Auftragsaufträge in der Metalltechnischen Industrie im Jahr 2024, allerdings ohne das Niveau aus den Jahren 2022 oder 2021 zu erreichen. Auch in der Chemischen Industrie wachsen die Auftragsaufträge 2024, allerdings gab es auch hier zwischen 2022 und 2023 rückläufige Tendenzen.

Weniger Beschäftigte in der Industrie

Das Eigenpersonal in den österreichischen Industriebetrieben liegt im Jahresschnitt 2024 bei rund 438.000 Beschäftigten. Wird zum Eigenpersonal das in der Industrie tätige Fremdpersonal hinzugezählt, so weist der Gesamtbeschäftigtenstand mehr als 461.000 Personen im Jahresdurchschnitt aus.

Im Vergleich zum Vorjahr bauen die heimischen Industriebetriebe 2024 weder ihr Eigenpersonal (-1,9 %) noch ihr Fremdpersonal auf (-15,6 %). Die industrielle Gesamtbeschäftigung sinkt im Schnitt um 2,7 % bzw. rund 12.800 Personen, 8.400 davon

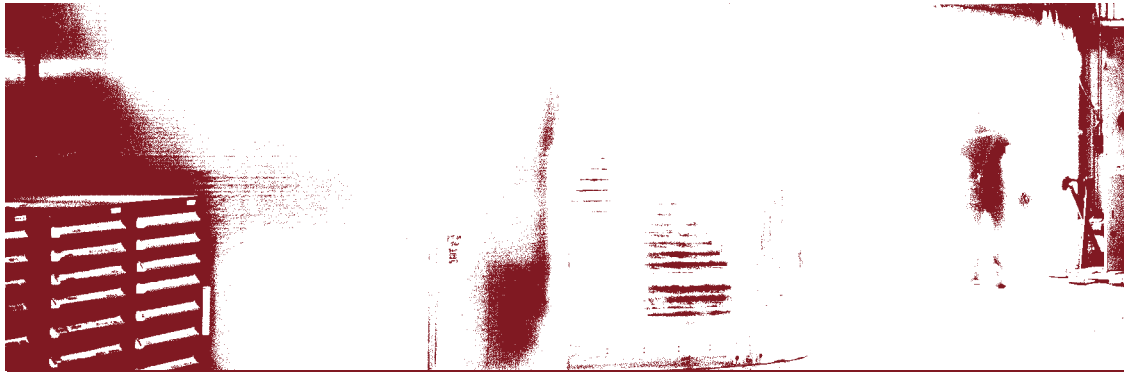
Eigenpersonal. Weniger Arbeitsplätze gibt es 2024 in der Elektro- und Elektronikindustrie, der Holzindustrie, der Metalltechnischen Industrie, der Fahrzeugindustrie oder der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie. Zudem wird neben dem Eigenpersonal vor allem in der Metalltechnischen Industrie, der Elektro- und Elektronikindustrie sowie der Fahrzeugindustrie Fremdpersonal abgebaut.

11 der 16 Fachverbände müssen ihren Gesamtpersonalstock zwischen 2023 und 2024 reduzieren. Die Zuwächse in den anderen fünf Fachverbänden können diesen Verlust bei Weitem nicht annähernd ausgleichen. Seit November 2023 sinkt das Eigenpersonal von Monat zu Monat immer stärker; das Fremdpersonal ist bereits seit März 2023 Monat für Monat rückläufig, sofern es mit den jeweiligen Vorjahresmonaten verglichen wird.

Die heimische Industrie in ihrer wesentlichen Funktion als wichtige Säule der heimischen Wirtschaft findet sich im dritten Jahr der Rezession wieder. Der Ausblick der Fachverbände in das erste Quartal 2025 ist ebenfalls düster. Stagnation schürt keine Hoffnung auf einen Aufschwung. Es ist vor allem die Dauer der Rezession, die große Sorgen bereitet. ■

* Erhoben wird diese Kenngröße für 10 der 16 Fachverbände. Für die Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, die Mineralölindustrie, die Stein- und keramische Industrie sowie die Glasindustrie steht dieser Indikator nicht zur Verfügung. Für die Holz- und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist die Erhebungsmasse vergleichsweise gering.

Branchenübersicht



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einkänge
Einschätzung 1. Quartal 2025	4.Q24/4.Q23 in Prozent	Einschätzung 1.Q25/1.Q24	4.Q24/4.Q23 in Prozent	Einschätzung 1.Q25/1.Q24	Einschätzung 1.Q25/1.Q24
Bergwerke und Stahl	-12,2	↔	1,5	↔	↓
Stein- und keramische Industrie	5,0	↔	-4,2	↔	↔
Glasindustrie	-10,7	↓	-3,5	↓	↓
Chemische Industrie	9,2	↔	-0,1	↔	↔
Papierindustrie	8,4	↓	-3,3	↔	↓
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-10,9	↔	-6,4	↔	↔
Bauindustrie	6,8	↔	2,6	↔	↔
Holzindustrie	1,4	↔	-5,6	↓	↔
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1,3	↔	1,1	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-15,7	↓	-11,1	↓	↓
NE-Metallindustrie	7,6	↓	-2,5	↓	↓
Metalltechnische Industrie	-2,9	↓	-2,5	↓	↓
Fahrzeugindustrie	-8,6	↓	-8,3	↓	↓
Elektro- und Elektronikindustrie	-2,0	↓	-5,9	↔	↓
Industrie gesamt	-3,0	↓	-2,8	↓	↓

Anm.: Vorläufige Daten; ¹⁾ Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölind., Gas- und Wärmeversorgungsunt.);
Im Quartalsvergleich der abgesetzten Produktion spiegeln sich Preiseffekte wider.

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik

Gesamtindustrie

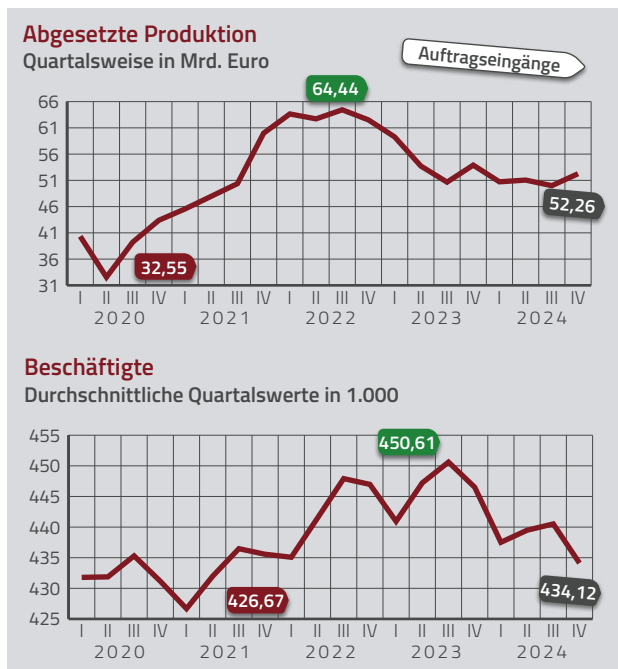
Nach schwierigen Quartalen in den letzten Jahren hat sich der Ausblick über weite Teile der industriellen Fachverbandslandschaft weiterhin nicht verbessert. Die Industrie steckt im dritten Jahr der Rezession und mehr als die Hälfte der Fachverbände orten auch im 1. Quartal 2025 keine Besserung. Das Licht am Ende des Tunnels wird vielerorts noch immer nicht gesehen. Weder bei der abgesetzten Produktion noch bei den für die zukünftige Produktion so wichtigen Auftragseingängen. Dies wirkt seit Monaten auch auf die industrielle Beschäftigung. Und diese Wirkungen werden sich auch im ersten Quartal 2025 fortsetzen. Kein einziger Fachverband ortet einen Zuwachs – weder bei der abgesetzten Produktion noch bei den Auftragseingängen noch bei der Beschäftigung. ■

Bergbau und Stahl

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Europa und die Rezession in Österreich und Deutschland haben nach wie vor negative Auswirkungen auf die österreichische Bergbau- und Stahlindustrie. Dennoch sind einige Absatzmärkte bisher besser durch die Rezession gekommen. Insgesamt sind aber die Erwartungen in der Branche gedämpft. Positive Impulse werden von dem deutschen Infrastrukturpaket erwartet. Im Bereich Bahn und Bahninfrastruktur entwickelt sich die Nachfrage aufgrund des anhaltend hohen Bedarfs auf den europäischen Märkten weiterhin positiv. Den Erwartungen entsprechend entwickelt sich die Nachfrage im Bereich der Lagertechnik und der Luftfahrt. Die Bereiche Haushaltsgeräte- und Konsumgüterindustrie, Maschinenbau sowie Bauindustrie verharren nach wie vor auf sehr geringem Niveau. Rückläufig entwickelt sich die Nachfrage im Energiebereich.

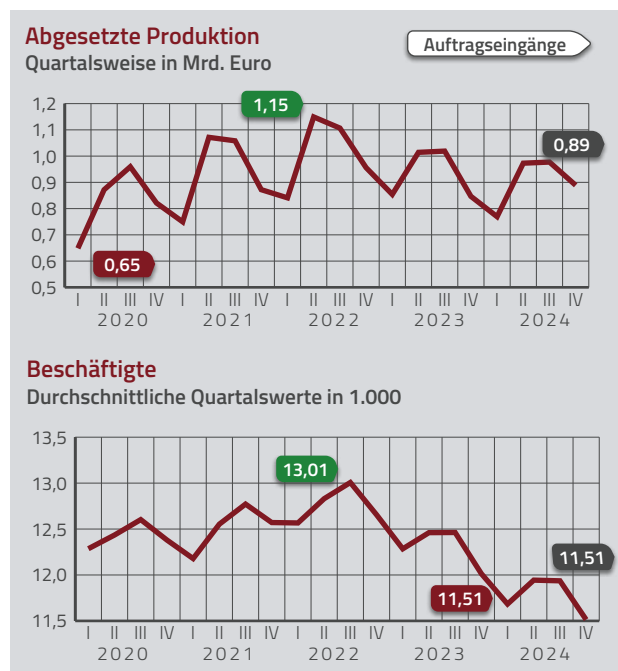
Im Bereich der Feuerfestindustrie ist die Nachfrage in fast allen Industriebereichen rückläufig. Das niedrige Preisniveau für Feuerfestprodukte wirkt zusätzlich negativ auf die Erträge. Auch für das kommende Quartal sind die Prognosen verhalten. ■

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz



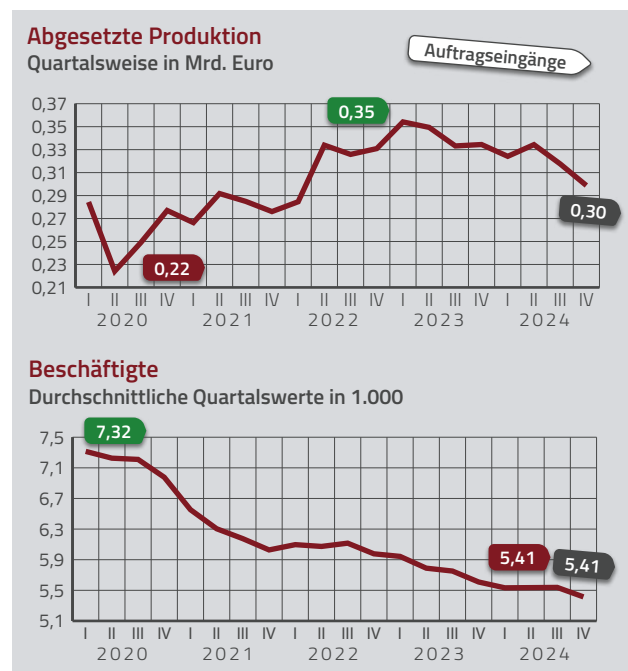
Stein- und keramische Industrie

Die Auftragslage bleibt durchwachsen: Während das Wohnbaugeschäft unter dem Vorjahresniveau liegt, hält sich der Infrastrukturbau stabil. Im ersten Halbjahr ist kaum mit Veränderungen zu rechnen, doch im zweiten Halbjahr deutet sich eine leichte Besserung an – die Branchenstimmung hellt sich langsam auf. Beim Exportgeschäft macht sich weiterhin die schwache Konjunktur in der deutschen Industrie bemerkbar, insgesamt zeigt sich jedoch eine leichte Verbesserung der Auftragslage. Angesichts geopolitischer Unsicherheiten gewinnt die europäische Verkehrs- und Rüstungsinfrastruktur an Bedeutung – Investitionen in diesen Bereichen dürften die Exportdynamik mittelfristig stärken. Die Preisentwicklung ist im Frühjahr leicht rückläufig, bedingt durch die Schwäche im Wohnbau. Bis Jahresende sind kaum Impulse zu erwarten. Die Kostensituation bleibt stabil hoch. Positiv wirken der sinkende EZB-Leitzins und die langfristig gesicherte Energiepreise, die zur Stabilität beitragen. Trotz weiterer Personalfreisetzungen besteht Hoffnung auf eine mittelfristige Erholung bei Beschäftigung und Investitionen.



Glasindustrie

In der glasbe- und verarbeitenden Industrie zeichnet sich keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ab. Die Auftragslage bleibt unsicher und kurzfristig, die Nachfrage ist immer noch auf einem geringen Niveau. Die andauernde Zurückhaltung bei den Investitionen bremst viele Wohnbauvorhaben, vor allem große Projekte der öffentlichen Hand fehlen. Zielgerichtete Förderungen von Bau- und Sanierungsprojekten sind essenzielle Maßnahmen, um die Baukonjunktur zu beleben. Der private Konsum bleibt gedämpft, was in den Bereichen Wirtschaftsglas und Schmuck zu rückläufigen Umsatzerlösen führt. In Asien kämpfen die Hersteller mit kräftigen Umsatzeinbußen, die aktuellen Zollandrohungen der USA trüben die Geschäftserwartungen zusätzlich. Diese schwierigen Marktbedingungen wirken sich negativ auf den Beschäftigtenstand aus. In der Verpackungsglasindustrie ist die aktuelle Geschäftslage nach wie vor flau. Schwache Umsatzzahlen, hohe Energie- und Personalkosten sowie die allgemein zunehmenden administrativen Herausforderungen drücken die Stimmung.



Chemische Industrie

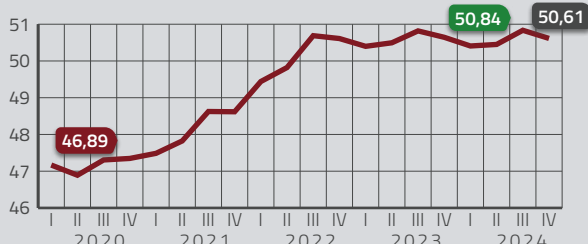
Die chemische Industrie sieht sich weiterhin mit zahlreichen Unsicherheiten und schwierigen Perspektiven konfrontiert. Vor allem die Frage der künftigen Energieversorgung sowie stark gestiegene Kosten führen zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen, die sich auch bei den Auftragseingängen bemerkbar machen. Die in Österreich über dem EU-Schnitt liegende Inflation und damit verbundene Einkommenserhöhungen verschärfen die Lage zusätzlich. Auch der drohende Handelskonflikt mit den USA belastet die exportorientierte Branche. Die erwartete Erholung im Jahr 2024 blieb aus. Ein leichtes Plus konnte den Produktionsrückgang von über zehn Prozent im Vorjahr nicht annähernd ausgleichen, und auch im 1. Quartal 2025 bleibt die Situation angespannt. Der Auftragseingang ist weiterhin schwach, eine Trendwende nicht absehbar – zumal auch in Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner, keine konjunkturelle Erholung erkennbar ist. Zwar sind die Energiepreise zuletzt gesunken, liegen aber noch immer deutlich über dem Vorkrisenniveau. Entscheidend wird sein, wie notwendige Investitionen in Zukunftsthemen – insbesondere im Rahmen des Green Deal – trotz globaler Krisen und Budgetrestriktionen finanziert werden können. Die Politik ist gefordert, rasch die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

Auftragseingänge



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

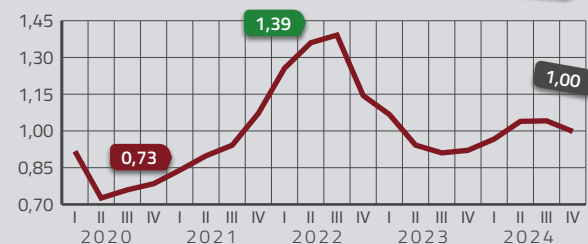


Papierindustrie

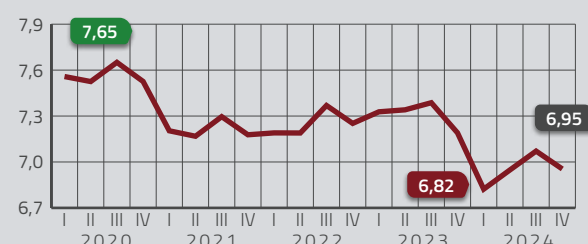
Trotz der anhaltenden Rezession seit 2023 entwickelten sich die Produktionsmengen 2024 etwas positiver. Mit 4,4 Millionen Tonnen lag die Produktion um 13,6 Prozent über dem Vorjahr, jedoch noch immer 12,5 Prozent unter dem starken Jahr 2021. Gegen Jahresende ging die monatliche Produktion wieder zurück – ein Trend, der sich im ersten Quartal 2025 fortsetzte. Insgesamt sank der Output um 6,2 Prozent. Stabil zeigten sich Verpackungspapiere mit nur -0,3 Prozent, Spezial- und Hygienepapiere verzeichneten ein Minus von 1,9 Prozent. Die Maschinenauslastung liegt derzeit unter 85 Prozent. Der Jahresumsatz betrug 2024 rund 4,6 Milliarden Euro. Die Durchschnittserlöse pro Tonne stagnieren seit Sommer 2023 auf niedrigem Niveau und stehen hohen Kosten für Rohstoffe und Energie gegenüber. Besonders bei den Energiekosten zeigt sich ein Wettbewerbsnachteil gegenüber Deutschland und Skandinavien. Während der grafische Bereich weiter schrumpft, wachsen die Kapazitäten für Verpackungspapiere. 2024 investierte die Branche erneut rund 300 Millionen Euro, insgesamt fast eine Milliarde in drei Jahren – vor allem in Maßnahmen zur Energieeinsparung und CO₂-Reduktion. Der Bioenergieanteil liegt mittlerweile bei 69,2 Prozent.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

Auftragseingänge



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

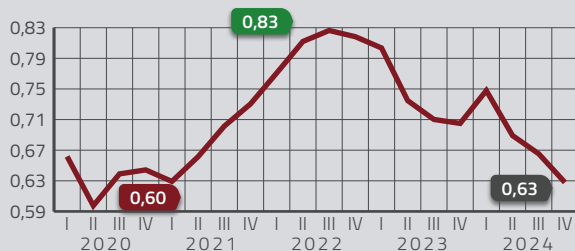


PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Für die industrielle Papierverarbeitung ist die Situation unverändert: die Konsumzurückhaltung in Verbindung mit der europäischen Wirtschaftsschwäche drücken auf die Branchenkonzunktur. Dazu kommt die per Anfang März wirksame Lohn-/Gehaltserhöhung für die Industrie, die die Wettbewerbsposition im Export weiter schwächt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum in Österreich nicht möglich ist, was in anderen Ländern selbstverständlich scheint: die Berücksichtigung von Gegebenheiten auf den Zielmärkten, auch wenn das einen Abschluss unter der Inflation bedeutet. Die PROPAK Industrie erwirtschaftet vier von fünf Euro im Ausland, uns dort selbst zu schwächen heißt Arbeitsplätze in Österreich zu gefährden. Hier müssen neue Wege gefunden werden, althergebrachte Dogmen hinterfragt und wenn nötig entsorgt werden. Insgesamt wird auch die neue Regierung daran zu messen sein, ob eine entsprechende Strategie für die Industrie – das Rückgrat des österreichischen Wohlstands – gefunden wird, oder ob die Deindustrialisierung Österreichs und Europas mit Golden Plating, unerfüllbaren rechtlichen Vorgaben und überbordender Bürokratie weiter vorangetrieben wird. ■

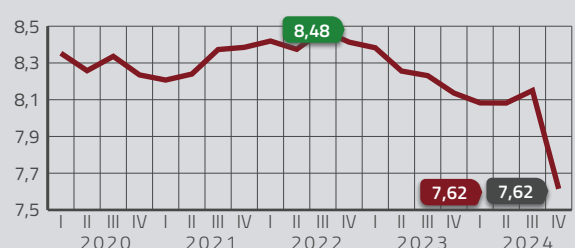
Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

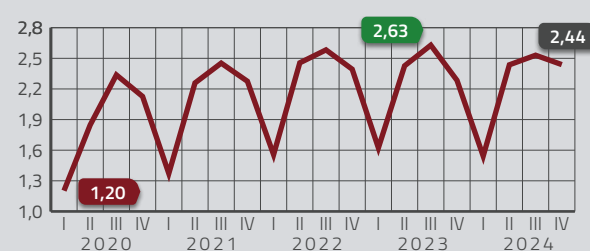


Bauindustrie

Der Abwärtstrend der Bauproduktion scheint mit Jahresbeginn langsam überwunden zu sein. Dennoch sind die Wachstumsprognosen für 2025 sehr zurückhaltend. Insbesondere im schwachen Hochbausektor wird erst ab 2026 mit einer spürbaren Erholung gerechnet. Bereits mittelfristig könnten durch verbesserte Rahmenbedingungen Investitionsimpulse entstehen. Die abermalige Senkung der Leitzinsen und das für Jahresmitte geplante Auslaufen der KIM-Verordnung erhöhen jedenfalls die Finanzierbarkeit von Immobilien. Auch das aktuelle Regierungsprogramm enthält mehrere Absichtserklärungen zur Stärkung der Baukonjunktur und Sicherung leistbarer Wohnbauproduktion. Der starke Rückgang bei Wohnbaubewilligungen ist derzeit zumindest gestoppt. Trotz enger öffentlicher Budgetgrenzen bleiben die mittelfristigen Aussichten im Tiefbau weitgehend stabil. Gegenüber dem Vorjahr sind die Herstellkosten im Hoch- und Tiefbau wieder etwas stärker gestiegen. Im Wohnhaus- und Siedlungsbau lagen die Kosten im Februar laut Baukostenindex der Statistik Austria um 3,3 Prozent über dem Vorjahreswert. Etwas geringer fielen die Kostenanstiege im Tiefbau aus. Während die Beschäftigung im Baugewerbe weiter rückläufig ist, zeigt sich die Entwicklung in der Bauindustrie (Arbeiter BUAK) seit dem 3. Quartal 2024 wieder positiv. ■

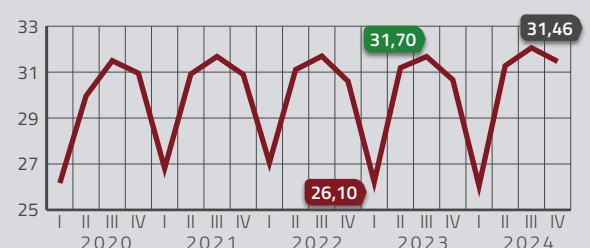
Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



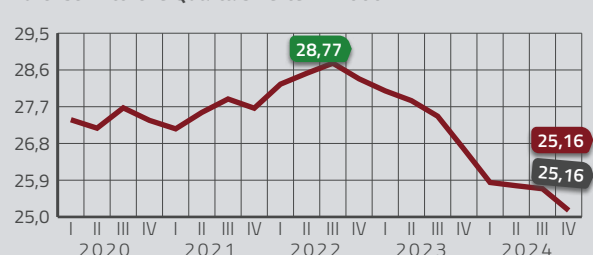
Holzindustrie

Die Auftragslage entwickelt sich innerhalb der Branche weiterhin uneinheitlich. Während einzelne Sektoren erste Entspannungstendenzen verzeichnen, belasten andere weiterhin die Nachwirkungen der schwachen Baukonjunktur. Entsprechend unterschiedlich präsentiert sich auch die Produktion: Während der Innenbaubereich mit deutlichen Rückgängen kämpft, zeigen sich im Holzbau erste Anzeichen eines leichten Aufschwungs. Der konjunkturelle Rückenwind kommt derzeit vor allem aus dem Exportgeschäft, während der mitteleuropäische Binnenmarkt gedämpft bleibt. Die Preisentwicklung ist leicht steigend – ein Effekt der weiterhin hohen Energie- und Personalkosten. Auch die Gesamtkostensituation bleibt angespannt: Auskömmliche Deckungsbeiträge sind schwer zu erzielen, die Wettbewerbsfähigkeit steht vielerorts unter Druck. Viele Betriebe haben ihre Personalkosten auf das notwendige Minimum reduziert, eine Entspannung am Arbeitsmarkt ist derzeit nicht absehbar. Investitionen erfolgen zurückhaltend, oft nur in kleinen Projekten und vielfach cashflow-finanziert. Die Branche setzt auf eine Belebung des Konsums und eine Erholung der Baukonjunktur. Wirtschaftspolitische Impulse und ein Abbau bürokratischer Hürden bleiben aber dringend erforderlich. Eine wettbewerbsfähige Energiepreispolitik ist ergänzend dazu unumgänglich. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



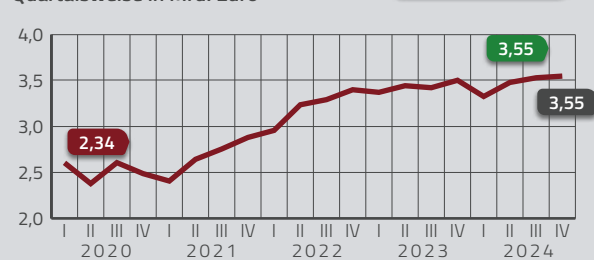
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Der Inlandsmarkt bleibt aufgrund der anhaltend hohen Handelskonzentration angespannt und lässt vielen Unternehmen kaum wirtschaftlichen Spielraum. Zahlreiche Betriebe kämpfen weiterhin mit hohen Energiepreisen sowie klimabedingten Verteuerungen bei Rohstoffen. Extreme Wetterbedingungen und eine global steigende Nachfrage haben die Preise für Kakao, Olivenöl, Orangensaft, Kaffee, Gewürze und andere Agrarprodukte stark ansteigen lassen. Unter dem anhaltenden Kostendruck leidet auch die österreichische Lebensmittelindustrie. Die wirtschaftliche Stagnation setzt sich auch im 1. Quartal 2025 fort. Neben hohen Energie- und Lohnkosten belasten umfangreiche EU-Vorgaben wie Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettengesetz, Entwaldungsverordnung und NIS-2 die Betriebe zusätzlich. Trotz Exportsteigerungen bei Menge und Wert im Jahr 2024 verliert die Branche weiter an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Die Außenhandelsbilanzen bei Agrarwaren und Lebensmitteln brechen ein – verursacht durch hohe Produktionskosten und verteuerte Importrohstoffe. Umso wichtiger ist es jetzt, die Wettbewerbsfähigkeit dieser versorgungs- und systemrelevanten Branche gezielt zu stärken. Das neue Regierungsprogramm setzt mit einem Comeback-Paket für Leistung, Wettbewerb und Bürokratieabbau erste wichtige Impulse. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



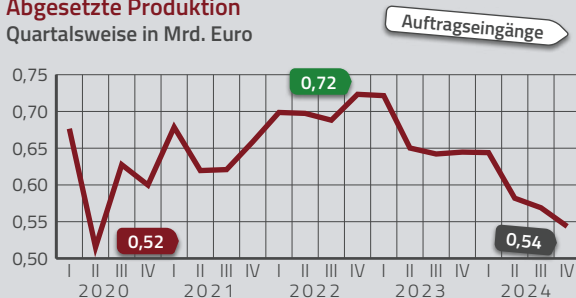
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Bekleidungsindustrie: Die Beschäftigtenanzahl und die Produktion scheinen sich im 1. Quartal 2025 konsolidiert zu haben. Die Stimmung zum Vorquartal hat sich nicht wesentlich verändert. Die gute Ordersaison zu Jahresbeginn 2025 gibt Hoffnung, die Talfahrt des vergangenen Jahres leicht zu kompensieren.

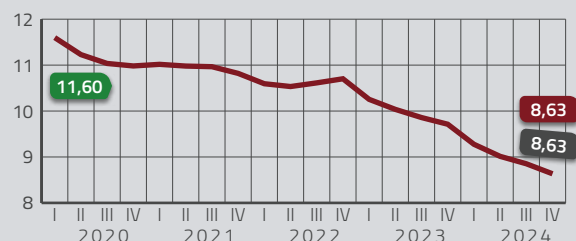
Schuhindustrie: Die Auftragslage liegt etwa auf Vorjahresniveau, die Marktsituation bleibt angespannt. In Nord- und Westeuropa mehren sich Anzeichen einer Erholung, während Osteuropa weiter hinterherhinkt. Herstellungs- und Materialkosten sinken leicht, werden jedoch durch Lohnerhöhungen in osteuropäischen Produktionsländern teilweise kompensiert. Zusätzliche EU-Vorgaben und Bürokratie gelten als Wettbewerbsnachteil gegenüber außereuropäischen Industrien.

Textilindustrie: Diese verzeichnete 2024 weiterhin einen Umsatz-, Beschäftigten- und Exportrückgang. Aufgrund hoher Kosten in verschiedenen Bereichen und dem Wettbewerbsnachteil gegenüber Drittstaaten werden die Unternehmen gezwungen, Personal abzubauen, den Standort ins Ausland zu verlagern oder zu schließen. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000

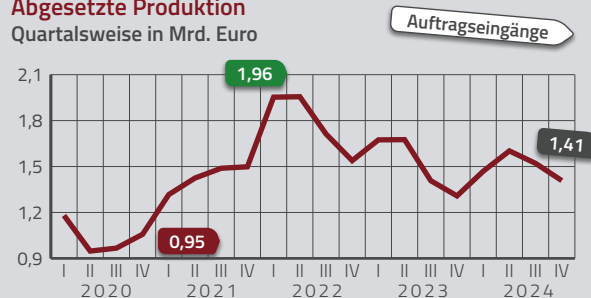


NE-Metallindustrie

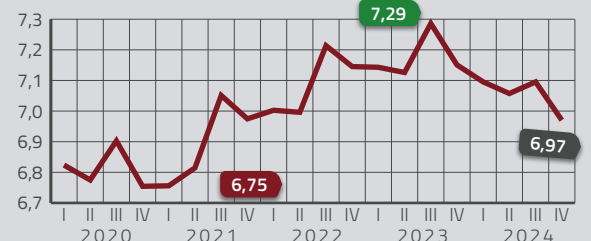
Die anhaltend schwache wirtschaftliche Entwicklung in Europa sowie die Rezession in Österreich und Deutschland belasten die heimische NE-Metallindustrie. Trotz unsicherer Rahmenbedingungen verlief die tatsächliche Geschäftsentwicklung robuster als erwartet, die Stimmung in den Unternehmen bleibt jedoch verhalten. Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch gestiegene Lohnkosten – insbesondere im Vergleich zu Deutschland – sowie hohe Energie- und Rohstoffpreise schwächt die Position der österreichischen Unternehmen im europäischen und internationalen Wettbewerb.

Bei Walzwaren zeigt sich die Nachfrage aus industriellen Anwendungen stabil. Innovationen in der Qualitätssicherung mittels Künstlicher Intelligenz stärken die Position in der Luftfahrtindustrie, die Absatzentwicklung bleibt hier auch positiv. Der Automobilsektor bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Nachfrage nach Presswaren aus der Autoindustrie ist weiterhin schwach, aus dem Energiesektor leicht positiv. E-Mobilität, Automatisierung und Elektrifizierung sorgen für steigenden Bedarf an kupferhaltigen Produkten. ■

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Metalltechnische Industrie

Der Start ins Jahr 2025 brachte für die metalltechnische Industrie keine Änderung, was die konjunkturelle Lage betrifft. Die Produktion geht weiterhin zurück, die Auftragslage bessert sich nicht. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland ist die Nachfrage nach wie vor schwach. In den vergangenen Quartalen wirkten die USA stabilisierend auf die Exportbilanz der MTI, doch dieser Effekt dürfte zeitlich begrenzt sein – nicht zuletzt aufgrund eines nachlassenden Investitionsbooms und der Gefahr eines eskalierenden Zollstreits. Ein Hoffnungsschimmer sind die international in die Wege geleiteten Investitionsprogramme, wie zum Beispiel das deutsche Sondervermögen von 500 Milliarden Euro. Diese Summe für die nächsten zehn Jahre, könnte eine verbesserte Nachfrage aus Deutschland nach sich ziehen. Derzeit rechnen die Unternehmen mit einer leichten Abschwächung der Rezessionsphase. Das heißt nicht, dass wir kurzfristig mit Produktionssteigerungen rechnen, die Nachfrage sollte aber etwas langsamer zurückgehen als zuletzt. Der Beschäftigtenstand liegt derzeit deutlich unter dem Niveau von 2023 – ein stärkerer Rückgang als in den Krisenjahren 2008/09 oder 2020. Das deutet auf eine strukturell tiefere und nachhaltigere Krise hin als bisher.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



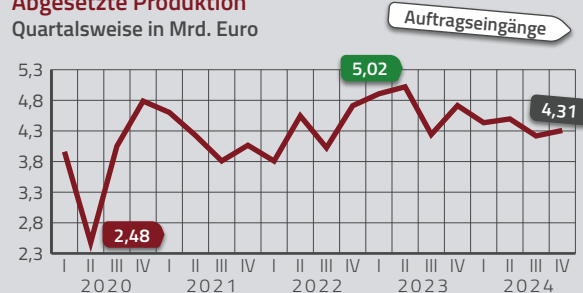
Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



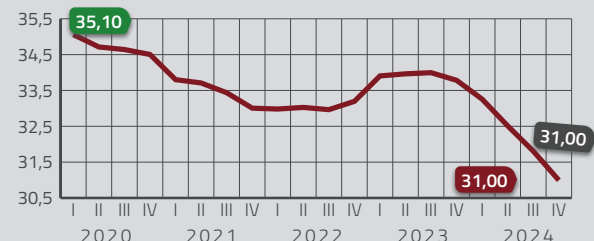
Fahrzeugindustrie

Die Aufträge sind bei einem Großteil der Betriebe spürbar rückläufig, nur vereinzelt sorgen langfristige Lieferverträge noch für Stabilität. Doch auch diese werden nicht immer eingehalten, was zu Anpassungen bei den Abrufmengen führt. Die Produktion richtet sich zunehmend flexibel nach der tatsächlichen Nachfrage, die Planbarkeit nimmt von Quartal zu Quartal weiter ab. Die geforderte Agilität stellt die Fahrzeugindustrie vor große Herausforderungen, die längst nicht mehr allein durch den Einsatz von Fremdpersonal aufgefangen werden können. Das hohe Lohnniveau im internationalen Vergleich bleibt ein klarer Wettbewerbsnachteil. Viele Betriebe reagieren darauf mit verstärkten Effizienzmaßnahmen. Positiv ist, dass sich die Materialengpässe entspannt haben und die Preise für Vorleistungen stabil geblieben sind – wenn auch auf hohem Niveau. Die Exportquote ist weitgehend konstant, jedoch sinken die Volumina entsprechend der allgemeinen Auftragslage. Da in Europa kurzfristig keine Entspannung zu erwarten ist, braucht die Branche dringend niedrigere Energiekosten, eine ausgewogene Handelspolitik, eine Senkung der Lohnnebenkosten zur Stärkung von Leistungsanreizen und einen spürbaren Abbau bürokratischer Hürden. Nur so kann die Effizienz gesteigert und Wettbewerbsfähigkeit zurückgewonnen werden.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

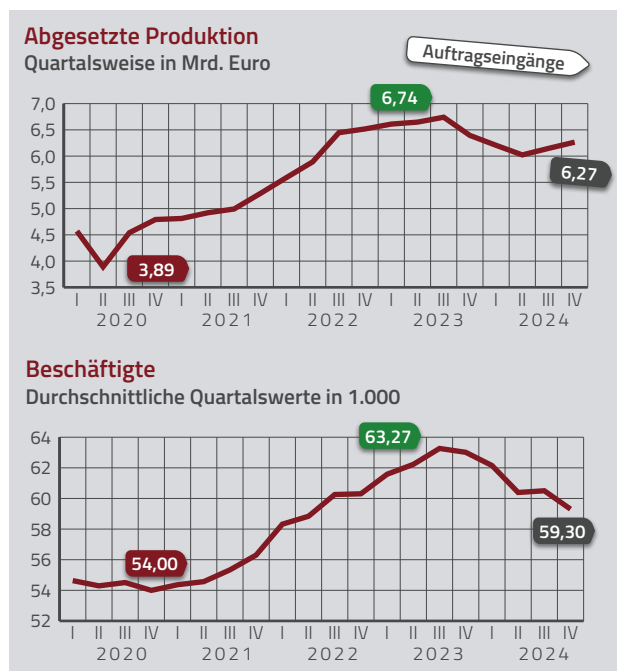


Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Elektro- und Elektronikindustrie

Die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie bleibt weiterhin spürbar von der wirtschaftlichen Schwäche betroffen. Wie bereits in den Vorquartalen verzeichnete die Branche auch im 1. Quartal einen Rückgang bei Produktion und Aufträgen, begleitet von einem zunehmend stärkeren Beschäftigtenabbau. Die bereits erwähnte Schwäche bei Auslandsaufträgen hat sich kaum gebessert. Die sich weiter vertiefende Entkopplung zwischen europäischen und nordamerikanischen Märkten verschärft den Ausblick zusätzlich. Neben der schwachen internationalen Nachfrage belasten in Österreich vor allem die steigenden Personalkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Auch hohe Energiepreise und wachsende Bürokratie werden als erhebliche Herausforderungen wahrgenommen. Als Reaktion setzen viele Betriebe auf Standortverlagerungen ins Ausland und drosseln Investitionen im Inland. Das Ausbleiben positiver Impulse verstärkt diesen Trend. Eine Erholung wird zunehmend erst in weiter Ferne erwartet, viele Unternehmen rechnen mit anhaltend rückläufigen oder bestenfalls stagnierenden Entwicklungen. Das Investitionsklima bleibt angesichts dieser vielfältigen Belastungen äußerst angespannt.



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand:

Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:

Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: KommR Karlheinz Kopf,

Gen.-Schr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang

Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst,

DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:

Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at

Industriellenvereinigung,

A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),

Herta Scheidinger (Stv. Chefredakteurin)

www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Christian Huttar/Usecon

Coverbild: Julius Blum GmbH

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Mag. Sigi Menz, Mag. Peter Luptáčík,

Mag. Andreas Mörk,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider,

Helene Tuma

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH,

A-2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich

ISSN: 1023-8387

